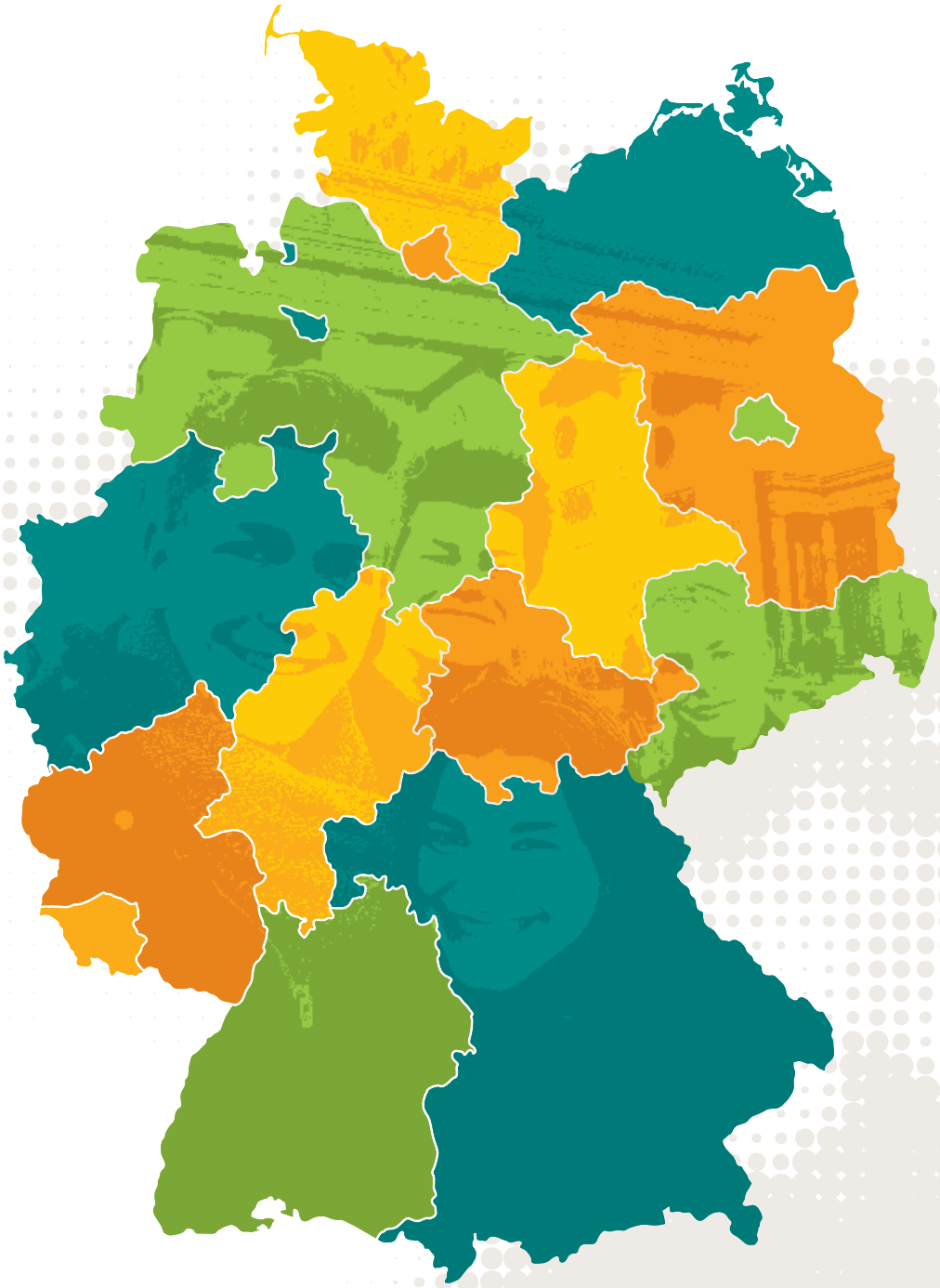
JUGENDSTRATEGIE 2015–2018

HANDELN FÜR EINE
JUGENDGERECHTE GESELLSCHAFT



Jugendgerechte Kommunen

EIN BEGLEIT- UND PEER-LEARNING-PROZESS

MIT 16 REFERENZKOMMUNEN VON 2015 BIS 2018

Grußworte 4

Merkmale jugendgerechter Kommunen 6

Begleit- und Peer-Learning-Prozess 10

Steckbriefe der jugendgerechten Kommunen 16

Zwischenfazit & Ausblick 50

Impressum 54

Liebe Leserinnen und Leser,

eine „jugendgerechte Kommune" – was genau ist das eigentlich, was zeichnet sie aus? Gemeinsam mit 16 Referenzkommunen in ganz Deutschland arbeitet die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft" seit Oktober 2015 an Antworten auf diese Frage. Alle 16 verfolgen ein gemeinsames Ziel: verlässliche Strukturen und Bündnisse, die dazu beitragen, dass Jugendliche und junge Erwachsene sich wohlfühlen, dass sie vielfältige Bildungsangebote nutzen, sozial teilhaben und demokratisch mitwirken.

In den 16 Kommunen arbeiten haupt- und ehrenamtliche Akteure gemeinsam mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen an sehr konkreten, von Kommune zu Kommune unterschiedlichen Zielen. Es geht um eine neue Beteiligungskultur, um die Etablierung des Themas „Jugend" als Querschnittsthema in Politik und Verwaltung, um mehr Wertschätzung von Jugend, um jugendgerechtere Kommunikation und Informationen, um bessere Mobilität, um eigene Räume für Jugend, um jugendgerechtes Wohnen und nicht zuletzt um Geld. Übergreifendes Ziel dieses Prozesses ist es, die Interessen und Bedarfe junger Menschen als handlungsleitende Größe in der Kommunalpolitik zu verankern.

Die „Jugendgerechten Kommunen" sind Teil der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft" des Bundesjugendministeriums. Diese Strategie basiert auf der Überzeugung, dass das Jugend- und junge Erwachsenenalter als eigenständige Lebensphase besonderer politischer Aufmerksamkeit, besonderer Konzepte und Angebote bedarf. Diese Sichtweise liegt auch dem Ansatz der Eigenständigen Jugendpolitik zugrunde, mit dem wir die Interessen und Bedürfnisse der 12- bis 27-Jährigen in den Fokus politischen Handelns rücken. Auch der 15. Kinder- und Jugendbericht bestätigt diese Haltung.

Unter dem Dach der Jugendstrategie arbeiten wir gemeinsam mit vielen zivilgesellschaftlichen Partnern an verschiedenen Vorhaben. Die Jugendstrategie dient als Interessensvertretung für junge Menschen selbst und als starke Stimme derjenigen, die sich für junge Menschen einsetzen. Jugend braucht eine starke Lobby.

Ich freue mich, dass die Erfahrungen aus den „Jugendgerechten Kommunen" mit der vorliegenden Broschüre einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dabei bestätigt sich, dass die 16 Kommunen jeweils ganz eigene Prozesse organisieren. Die teilnehmenden Kommunen sind vielfältig und können mit der Vielfalt ihrer Erfahrungen als Referenzkommunen Beispiel und Orientierung für viele andere Kommunen geben. Ich wünsche viel Freude bei der Lektüre und hoffe, dass sie zum Nachahmen anregt!

Ihre

Caren Marks
Parlamentarischen Staatssekretärin
bei der Bundesministerin für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Liebe Leserinnen und Leser,

der Prozess „Jugendgerechte Kommunen" setzt in Zeiten, in denen sich alle Kommunen auf vielfältige Weise mit dem demografischen Wandel beschäftigen müssen, ein wichtiges Zeichen: Es geht nicht ohne die Jugend. Es ist besonders bemerkenswert, dass die teilnehmenden Kommunen ganz unterschiedlich sind. Daher bieten sich für ländliche Gemeinden und Landkreise ebenso wie für Mittel- und Großstädte zahlreiche Referenzpunkte, um die im Prozess gemachten Erfahrungen auch für die eigene Arbeit zu übernehmen.

Beachtenswert ist auch die verantwortungsvolle und kreative Rolle, die Jugendliche und junge Erwachsene in den Prozessen einnehmen. Gemeinsam mit Fachkräften, Politik und Verwaltung wird an Lösungen und Vorhaben gearbeitet, um das Gemeinwesen so zu gestalten, dass sich die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger erhöht. Dies macht kommunales Handeln effektiver und erhöht gleichzeitig die Akzeptanz der getroffenen Maßnahmen. Zudem zeigt sich: Jugendpolitik braucht ein gut aufgestelltes gesellschaftliches Netzwerk vor Ort und muss sich ressortübergreifend mit anderen Politikfeldern vernetzen.

Die Herausforderungen für die Kommunen werden auch in Zukunft nicht geringer werden. In vielen Regionen wird für viele Bevölkerungsgruppen bezahlbarer Wohnraum knapp, oftmals stehen die öffentlichen Haushalte unter starkem Spardruck. Es ist daher umso wichtiger, Kreativität und gesellschaftliches Engagement zu fördern, damit die Kommunen auch in Zukunft lebenswerte Heimat für alle Generationen sein können. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine anregende Lektüre!

Stefan Hahn
Deutscher Städtetag

Jörg Freese
Deutscher Landkreistag

Uwe Lübking
Deutscher Städte- und Gemeindebund

Merkmale jugendgerechter Kommunen

Der Prozess „Jugendgerechte Kommunen“ ist Teil der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und baut – ebenso wie die gesamte Strategie – auf den Grundsätzen der Eigenständigen Jugendpolitik auf. Diese beschreiben einen Politikansatz, der die Interessen und Bedürfnisse von jungen Menschen zwischen 12 und 27 Jahren in den Mittelpunkt ressortübergreifenden Handelns stellt.

Die Kommunen und Regionen spielen hierbei eine besonders wichtige Rolle, weil sie den jungen Menschen räumlich und politisch am nächsten sind. Hier sind die jungen Menschen unmittelbar betroffen, hier sind sie direkt ansprechbar. Welche Interessen und Bedürfnisse hat die Jugend vor Ort? Wie muss eine Kommune sein, damit Jugendliche bleiben? Zum einen motiviert diese direkte „Betroffenheit“ Jugendliche und junge Erwachsene dazu, sich vor Ort einzumischen, um spürbare Veränderungen zu erwirken. Zum anderen gibt es auf der kommunalen Ebene gute Voraussetzungen für die Umsetzung einer wirkungsvollen Jugendbeteiligung, die in verschiedene politische Fachbereiche hineinwirkt, beispielsweise auch in Haushaltspolitik, Stadtentwicklung oder Verkehrsplanung.

Aus den Grundsätzen der Eigenständigen Jugendpolitik heraus sind erstmals Merkmale jugendgerechter Kommunen entstanden. Diese Merkmale dienen den Referenzkommunen als Orientierungshilfe und werden mit Jugendlichen und weiteren Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis fortlaufend weiterentwickelt.

Die Merkmale jugendgerechter Kommunen finden sich in vier Handlungsfeldern wieder:

- **Heimat für Jugend sein: Räume und Wege eröffnen**
- **Zukunft bieten: Bildung und Arbeit ermöglichen**
- **Politik mit und von Jugend unterstützen: Teilhabe anbieten, Beteiligung ermöglichen, Vielfalt schätzen**
- **Strukturen für Jugend verbessern: Leitlinien, Qualifizierung und Bündnisse verankern**

Die Merkmale stellen keine endgültige Checkliste dar, sondern sind als Diskussionsgrundlage gedacht. Sie können vor Ort Anlass geben, die Lebensqualität von jungen Menschen in der Kommune zu hinterfragen und konkrete Handlungsbedarfe zu erkennen. Bestimmte Aspekte können in einigen Kommunen weniger relevant sein, andere können hingegen einen hohen Stellenwert haben. Deshalb muss die Bedeutung einzelner Merkmale in jeder Kommune spezifisch gewichtet werden, um den jeweiligen Bedürfnissen vor Ort gerecht zu werden.

Die Merkmale jugendgerechter Kommunen zeigen klar, dass gute Jugendpolitik eine ressortübergreifende Aufgabe ist. Im Zusammenspiel von Verwaltung und Akteuren der Zivilgesellschaft sowie unter Einbeziehung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen selbst können Kommunen entstehen, in denen junge Menschen gerne leben – wo sie sich wohl und wertgeschätzt fühlen.

WERKZEUGBOX „JUGEND GERECHT WERDEN“
→ WERKZEUGBOX.JUGENDGERECHT.DE

Die vier Handlungsfelder sind auch die Grundlage der Werkzeugbox „Jugend gerecht werden“. In der Werkzeugbox werden zahlreiche praxisnahe Inhalte zur Verfügung gestellt, die Jugendlichen, Fachkräften sowie Politik und Verwaltung dabei nützlich sein können, sich vor Ort für mehr Jugendgerechtigkeit einzusetzen. Dazu gehören Empfehlungen von konkreten Methoden ebenso wie Argumentationshilfen und theoretisches Hintergrundwissen. Die Werkzeugbox ist ein stetig wachsendes Angebot – es lohnt sich also, regelmäßig hineinzuschauen!

Heimat für Jugend sein: Räume und Wege eröffnen

Jugendliche und junge Erwachsene erleben ihre Kommune auf eine ganz eigene Art und Weise. Sie haben Erwartungen an den öffentlichen und privaten Raum, die nicht immer mit den Vorstellungen von älteren Menschen übereinstimmen. Gleichzeitig haben sie oft nur geringe eigene Ressourcen, um ihr Leben selbstbestimmt gestalten zu können. Sie sind daher auf Kreativität und Unterstützung seitens der Kommune angewiesen.

- Jugendliche leben gerne in der Kommune, sie identifizieren sich, bleiben oder kommen wieder.
- Die Kommune hat Platz für Jugendliche. Sie haben eigene Räume, die ihren Bedürfnissen nach Freizeit, Spiel und Erholung gerecht werden. Diese Räume gibt es sowohl in Jugendzentren als auch in selbst verwalteten Formen, die nach Bedarf von der Kommune unterstützt werden. Diese Räume sind in den Kommunen gut erreichbar.
- Akzeptabler Wohnraum ist auch für Jugendliche ohne großes Einkommen verfügbar.
- Jugendliche sind in der Öffentlichkeit sicht- und hörbar, sie werden respektiert und wertgeschätzt. Es gibt eine lebendige Jugendkultur.
- Jugendlichen wird ein Perspektivwechsel durch die Unterstützung grenzüberschreitender Mobilität ermöglicht.
- Jugendliche Mobilitätsanforderungen werden bei Verkehrsplanung und ÖPNV-Ausbau vor Ort erfragt und berücksichtigt. Ein schneller Internetanschluss sichert die Verbindung Jugendlicher über ihre Ortsgrenzen hinweg.

Zukunft bieten: Bildung und Arbeit ermöglichen

Jugendliche brauchen Perspektiven und Angebote, um ihren eigenen Weg zu finden und ihren Interessen nachgehen zu können. Sie lernen nicht nur in der Schule, sondern auch an außerschulischen Bildungsorten in ihrer Freizeit. Und sie brauchen die Zuversicht, dass ihre (berufliche) Zukunft aussichtsreich ist und von ihnen selbst gestaltetet werden kann.

- Alle Jugendlichen haben Zugang zu schulischen und außerschulischen Lern- und Bildungsangeboten. Dazu gehören neben den Angeboten der freien Träger und der Jugendorganisationen auch die Angebote der Sportvereine. Zum Zugang gehört auch eine möglichst gute Erreichbarkeit dieser Lern- und Bildungsorte. Erschwerte Zugänge durch finanzielle Situationen und soziale Herkünfte werden durch geeignete Maßnahmen ausgeglichen.
- Die Kommune engagiert sich für eine möglichst niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Dafür arbeiten Schulen, Unternehmen und Politik zusammen. Im Austausch mit Berufserfahrenen und über Praktika lernen Schülerinnen und Schüler die Arbeitswelt frühzeitig kennen und erhalten Beratung und Unterstützung bei der Suche nach Arbeits-, Ausbildungs- und Studienplätzen. Die Schulen vernetzen sich mit den freien Trägern, die informelle und non-formale Bildung anbieten.

Politik mit und von Jugend unterstützen: Teilhabe anbieten, Beteiligung ermöglichen, Vielfalt schätzen

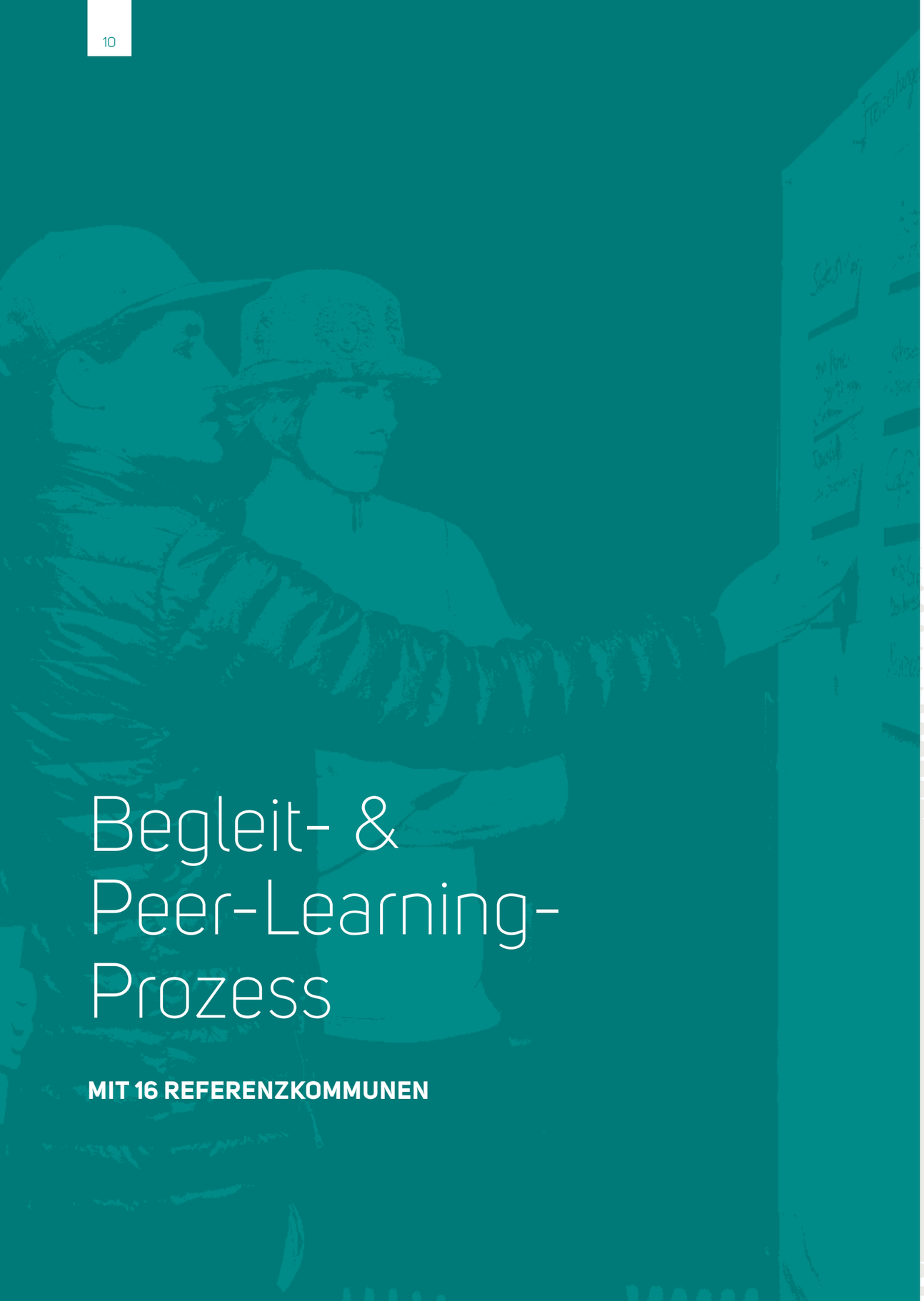
„Die" Jugend gibt es nicht. Jugendliche haben individuelle Interessen und Bedürfnisse, ihre Lebenswelten sind vielfältig. Sie wollen sich einbringen und ihre Umgebung mitgestalten. Sie wollen gesehen, gefragt und gehört werden.

- Jugendliche können und sollen in der Kommune teilhaben. Sie wissen, welche Personen dafür verantwortlich sind, Informationen werden einfach zugänglich bereit gestellt, und Beteiligungsformate für alle Jugendlichen sind verankert und etabliert. Junge Menschen werden in Planungen, Entwicklungen und Entscheidungen der Kommune verbindlich einbezogen. Sie haben Gestaltungsmacht und werden ernst genommen.
- Es gibt geregelte Beschwerdeverfahren für Jugendliche. Sie kennen ihre Rechte und werden bei der Umsetzung ihrer Rechte unterstützt.
- Die Vielfalt der Jugendlichen wird gesehen, wertgeschätzt und berücksichtigt, ungeachtet ihres sozialen Hintergrunds, ihres Bildungsgrads, ihrer körperlichen Verfassung oder ihrer sexuellen Identität und Orientierung. Dies gilt insbesondere für die kulturelle Vielfalt, auch von geflüchteten Jugendlichen. Vorurteile werden durch Begegnungen und engen, regelmäßigen Kontakt zwischen Politik und Jugend abgebaut.

Strukturen für Jugend verbessern: Leitlinien, Qualifizierung und Bündnisse verankern

Jugendliche erwarten verlässliche Strukturen und verbindliche Zusagen. Deshalb braucht eine jugendgerechte Kommune Strategien, die Nachhaltigkeit garantieren. Dazu gehören Qualifizierungsmaßnahmen für Politik und Verwaltung ebenso wie die Gründung eines breiten Bündnisses für Jugend, das Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft mit einbezieht.

- Jugendpolitik ist ein wichtiges Thema in der Kommune. Dafür wird ein eigenes Budget bereit gestellt. Die Kommune hat ein Leitbild „Jugendgerechtigkeit", welches immer wieder auf den Prüfstand gestellt wird und zu konkreten Maßnahmen führt. Dieses Leitbild wird regelmäßig überprüft und angepasst, um Änderungen der Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen gerecht zu werden. Der Grad der Jugendgerechtigkeit einer Kommune darf nicht vom Engagement einzelner Personen abhängen, sondern braucht fest verankerte Strukturen und viele Partner.
- Politik und Verwaltung bilden sich regelmäßig zu Jugendbeteiligung und jugendlichen Lebenswelten weiter.
- Jugendhilfeplanung bezieht alle Lebensbereiche junger Menschen ein. Die Anliegen Jugendlicher werden auch in andere Planungsprozesse einbezogen, z. B. Schul-, Bau- oder Verkehrsplanung.
- Bei allen Angelegenheiten, die Jugendliche betreffen, werden jugendliche Belange berücksichtigt. Dabei geht es sowohl um die aktuellen und zukünftigen Auswirkungen auf Jugendliche heute als auch auf zukünftige Jugendgenerationen. Dafür braucht Jugendpolitik eine gemeinsame Strategie der politischen Ressorts.
- Alle relevanten Akteure (z. B. Jugend, Schule, Vereine/Verbände, Wirtschaft, lokale Medien, Politik und Verwaltung) wirken zusammen in einem Bündnis für die Jugend vor Ort. Dieses soll handlungsfähig sein und nicht bürokratisch ausufern.



Begleit- & Peer-Learning-Prozess

MIT 16 REFERENZKOMMUNEN

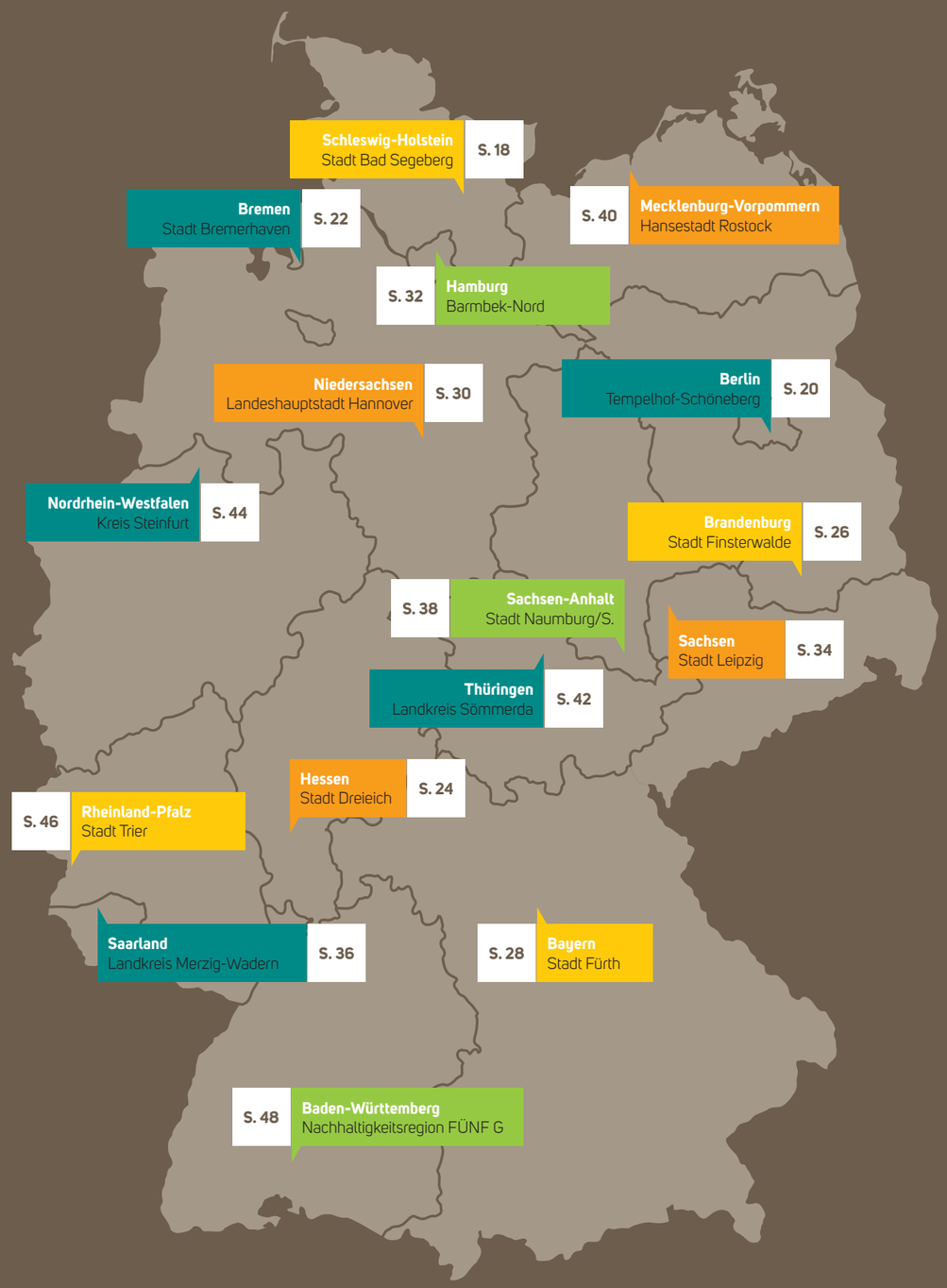
Seit 2015 begleitet die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ 16 Referenzkommunen aus dem gesamten Bundesgebiet auf dem Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit. Manche Kommunen haben sich erst vor kurzem auf diesen Weg gemacht, andere Kommunen nutzen die Teilnahme am Prozess, um die bereits sehr intensive Arbeit zu reflektieren und weiterzuentwickeln. Die Teilnahme ist als eine öffentliche Willensbekundung zu verstehen, Jugendliche und ihre Anliegen ernst zu nehmen – und ihnen eine Heimat zu bieten, die ihren Bedürfnissen gerecht wird.

Grundlage sind die Merkmale jugendgerechter Kommunen, ein gemeinsamer Orientierungsrahmen und die Teilnahme jeder Kommune an regelmäßig stattfindenden Peer-Learning-Veranstaltungen und Jugendnetzwerktreffen, die die Koordinierungsstelle – zum Teil mit Unterstützung einzelner Referenzkommunen – ausrichtet.

Voraussetzung für die Teilnahme war, dass die Verwaltungsleitung das Vorhaben unterstützt. Jugendbeteiligung und die Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren in kommunalen Netzwerken sowie die Entwicklung eines verbindlichen jugendpolitischen Rahmenkonzeptes sind für alle Kommunen verpflichtend. Zu den weiteren kommunalen Aufgaben gehört die Öffentlichkeitsarbeit vor Ort, das Informieren der zuständigen Landesministerien und Landesjugendringe über den Prozess sowie das Erstellen einer Bilanz in 2018, um die eigenen Erfahrungen auch anderen Kommunen zugänglich zu machen.

Es geht nicht darum, besonders jugendgerechte Kommunen als Leuchttürme herauszustellen. Ziel ist vielmehr, die vielfältigen Wege zu mehr Jugendgerechtigkeit aufzuzeigen, um anderen Kommunen, die sich ebenfalls auf den Weg begeben möchten, möglichst viele Anhaltspunkte und Ideen für ihre eigenen Prozesse zu bieten.

Die 16 Referenzkommunen



Begleitprozess „Jugendgerechte Kommunen“

MÄRZ–SEPTEMBER 2015	Interessenbekundung
14. OKTOBER 2015	Aus 48 Interessensbekundungen wählt der Planungsstab der Koordinierungsstelle 16 Referenzkommunen aus – eine je Bundesland
25./26. NOVEMBER 2015	Erstes Peer-Learning-Seminar in Berlin
MÄRZ–JUNI 2016	Erstbesuche und Veranstaltungen in den Referenzkommunen zur Ist-Stand-Analyse vor Ort
18.–21. JUNI 2016	Zweites Peer-Learning-Seminar mit Jugendworkshop in Hannover mit dem Schwerpunktthema Jugendbeteiligung
22.–24. NOVEMBER 2016	Drittes Peer-Learning-Seminar mit Jugend-Netzwerktreffen in Berlin
28.–30. MÄRZ 2017	Fachforum und Ausstellung der Referenzkommunen beim 16. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag in Düsseldorf
23.–25. NOVEMBER 2017	Viertes Peer-Learning-Seminar in Fürth
FRÜHJAHR 2018	Fünftes Peer-Learning-Seminar der Referenzkommunen
SOMMER 2018	Gemeinsame Bilanz im Rahmen einer Abschlussveranstaltung

Die ersten Schritte: Status-Quo und Handlungsbedarfe

Grundlegend für die Planung vor Ort war ein erster gemeinsamer Termin der kommunalen Akteure mit der Koordinierungsstelle zur Ist-Stand-Analyse, zur Feststellung von Handlungsbedarfen und zur ersten Verabredung von Zielen. Anhand von Leitfragen, die auch in der Werkzeugbox „Jugend gerecht werden" zu finden sind (http://bit.ly/2loJo6S), bereiteten die Verantwortlichen in der Kommune gemeinsam mit Jugendlichen und weiteren Akteuren den Status Quo auf. Dafür wurden bereits vorliegende Erkenntnisse zu Interessen und Bedürfnissen Jugendlicher und junger Erwachsener genutzt, zum Teil wurde Jugendbeteiligung dazu neu initiiert. Die Beteiligung von jungen Menschen bei der Durchführung der Bedarfsanalyse war Bedingung.

Bei den Vor-Ort-Terminen zur Diskussion des Ist-Standes wurden die Unterschiede der Kommunen deutlich: Die Zusammensetzung bei den ersten Besuchen reichte von kleinen Runden mit der Verwaltung über größere Veranstaltungen mit Fachkräften und Jugendlichen bis hin zu öffentlich beworbenen Terminen, bei denen neben Politik, Fachkräften und Jugendlichen auch Zivilgesellschaft und interessierte Bürgerinnen und Bürger vertreten waren. Auch die Veranstaltungsformate waren sehr unterschiedlich: Einige Kommunen hatten schon vor dem ersten Termin klare Vorstellungen davon, welche Ziele man verfolgen würde, andere Kommunen haben die ersten Treffen zum gemeinsamen Erarbeiten der Handlungsbedarfe genutzt. Außerdem wurde das gemeinsame Bearbeiten des Leitfragenkatalogs mit Jugendlichen unterschiedlich angegangen: Manche Kommunen erörterten nur bestimmte Fragen mit Jugendlichen, andere haben den gesamten Fragebogen mit Jugendlichen besprochen. Einige Kommunen initiierten Jugendbefragungen an Schulen und in Einrichtungen der Jugendhilfe, um die Zielstellungen bedarfsgerecht auf eine breitere Basis stellen zu können.

Mit der Ist-Stand-Analyse wurden bestehende Strukturen und Verfahren, Angebote und Aktivitäten sowie Ressourcen und Zuständigkeiten – auch fachübergreifend – sichtbar. Auf dieser Grundlage wurden Handlungsbedarfe herausgearbeitet und weitere notwendige Schritte und verantwortliche Akteure benannt. Unter der Fragestellung **„Was ist anders in der Kommune, wenn sie jugendgerecht ist?"** setzten sich die Kommunen herausforderungsvolle, erreichbare Ziele für den Prozess bis Mitte 2018. Zentrales Ziel für alle ist, über den Projektzeitraum hinaus die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen als handlungsleitende Größe in der Kommunalpolitik zu verankern. Diese Verankerung soll in einer verbindlichen Form geschehen, beispielsweise als gemeinsam getragenes Leitbild der Kommune oder als definierte Grundlage einer integrierten Jugendhilfeplanung.

LEITFRAGENKATALOG DER KOORDINIERUNGSSTELLE

Der Leitfragenkatalog ist ein Analyse- und Planungsinstrument für eine jugendgerechte Kommunalentwicklung. Die Leitfragen sind keine geschlossene Checkliste, die es abzuarbeiten gilt. Vielmehr sind sie eine Arbeitsgrundlage für den Prozess auf dem Weg zu einer jugendgerechteren Kommune, der im Wesentlichen vier methodische Schritte umfasst: Bestandsaufnahme, Zielentwicklung, Umsetzung und Fortschreibung. Bei all diesen Schritten ist die aktive Mitwirkung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen unbedingt notwendig. Die Leitfragen sind auch online in der Werkzeugbox verfügbar (http://bit.ly/2loJo6S).

Zentrale Prozesselemente

JUGENDBETEILIGUNG

Die „Jugendgerechten Kommunen" sind seit Beginn ein Gemeinschaftsprojekt von Jugendlichen, Fachkräften sowie Politik und Verwaltung. Vor Ort soll eine nachhaltige Beteiligungskultur verankert werden, politische Bildung verstärkt und die wirkungsvolle Mitbestimmung Jugendlicher ermöglicht werden. Credo der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft" ist eine Politik für, mit und von Jugend.

Im Prozess wurde daher die Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen als verpflichtend vorausgesetzt. Konkret zeigt sich dies unter anderem darin, dass bei den Peer-Learning-Seminaren altersgemischte Teams anreisen. Um den jugendlichen Bedürfnissen gerecht zu werden, wurden zudem ab dem zweiten Seminar eigene Jugendveranstaltungen vorgeschaltet. Diese dienen der Vernetzung der Jugendlichen untereinander und der Vorbereitung auf die gemeinsamen Veranstaltungen mit den erwachsenen Fachkräften.

Vor Ort wird die Beteiligung sehr unterschiedlich umgesetzt. Einige Kommunen haben Jugendparlamente, die als offizielles Gremium der Jugend agieren können. Andere Kommunen haben eigene Beteiligungsformate wie Jugendforen, Arbeitsgruppen und Jugendkonferenzen geschaffen. Auch Jugendringe übernehmen wichtige Aufgaben. Häufig näherten sich im Rahmen der Zusammenarbeit Fachkräfte, Politik, Verwaltung und Jugendliche an und entwickelten ein besseres Verständnis füreinander.

STRATEGIEN FÜR NACHHALTIGKEIT

Die Verstetigung der lokalen Prozesse über 2018 hinaus ist ein weiteres zentrales Anliegen. Häufig werden durch engagierte Einzelpersonen oder die Teilnahme an bundesweiten Strategien für eine bestimmte Zeit wichtige Änderungen bewirkt. Wenn ein kontinuierliches Engagement jedoch nicht sichergestellt werden kann, können gemachte Fortschritte schnell wieder versanden.

Die teilnehmenden Kommunen wollen deshalb bis 2018 verbindliche Strukturen für eine Eigenständige Jugendpolitik vor Ort schaffen. Diese können beispielsweise auf einem Leitbild basieren, welches auf kommunalpolitischer Ebene beschlossen, regelmäßig mit Jugendlichen überarbeitet und von allen relevanten Akteuren gemeinsam umgesetzt wird. Jugendbeteiligung findet so auch als Teil von Planungsstrategien Eingang in die Verwaltung. Doch nicht nur in Leitbildern, sondern auch in der Jugendhilfe- oder Sozialraumplanung kann Jugendgerechtigkeit nachhaltig verankert werden. Darüber hinaus sind Partnerschaften mit weiteren Akteuren aus der Jugendhilfe und weiteren Multiplikatorinnen und Multiplikatoren eine wichtige Unterstützung für gelingende Prozesse.

Steckbriefe der jugendgerechten Kommunen

Jugendgerechtigkeit vor Ort

Jede der 16 Referenzkommunen ist einzigartig – schon aufgrund ihrer Lage, ihrer Geschichte und der vielfältigen Faktoren, die auf sie einwirken. Jede Kommune ist finanziell, strukturell sowie personell anders aufgestellt. Nicht nur Verwaltungsstrukturen und -abläufe unterscheiden sich, auch Einwohnerzahlen und -dichten sowie die Anzahl an Jugendlichen variieren. Um den heterogenen Herausforderungen und Besonderheiten der beteiligten Kommunen gerecht zu werden, braucht es jeweils einen eigenen Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit – in diesem Sinne entwickelte jede Kommune einen individuellen Fahrplan für das gemeinsame Ziel. Die Vielfalt der Herausforderungen, Wege und Ziele zeigt sich auf den folgenden Seiten, auf denen sich alle Kommunen mit ihren eigenen Worten präsentieren. Zu lesen ist, was bisher erreicht wurde, welche Akteure zusammenwirken und welche Perspektiven es jeweils für die Veränderungsprozesse hin zu einer jugendgerechten Gesellschaft gibt.

Bad Segeberg

BUNDESLAND	EINWOHNER	EINWOHNERDICHTE	JUGENDLICHE (12–27 J.)
Schleswig-Holstein	ca. 17.000	910 EW/km²	ca. 1.600

Die Stadt Bad Segeberg hat trotz Haushaltskonsolidierung entschieden, sich auf den Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit zu machen. Die Schließung des Jugendzentrums stand bevor, die Skateranlage wurde abgerissen. Der Kinder- und Jugendbeirat war mit der Arbeit in den Ausschüssen überfordert und nur zum Teil waren die Jugendlichen wirklich engagiert oder wurden nicht jugendgerecht über relevante Themen in der Stadtpolitik informiert. Konzerte und andere kulturelle Angebote waren eher selten. So kam das Bundesprojekt für die Stadt Bad Segeberg genau zum richtigen Zeitpunkt.

Thomas Minnerop, Projektleitung
An der Trave 1, 23795 Bad Segeberg
Telefon 04551 944274
thomas.minnerop@vjka.de

WWW.JUGENDGERECHTE-KOMMUNE-SEGEBERG.DE

ZENTRALE ZIELE

- Erhalt des Jugendzentrums mit guten Angeboten und ausreichendem Personal
- Stärkung des Kinder und Jugendbeirats
- Intensivierung der Bündnis- und Lobbyarbeit
- Gründung einer stadtübergreifenden Schülervertretung
- Qualifizierungsmaßnahmen für Verwaltung und Politik zum Thema „Jugendgerechtes Handeln"
- Errichtung eines Outdoor-Sportplatzes
- Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs
- eine eigene Jugend-Website
- Erhalt und Ausbau kultureller Angebote
- Durchführung eines jährlich stattfindenden Stadtjugendtages

KOORDINATION

Um das Projekt vor Ort umzusetzen und zu koordinieren, wurde von der Stadt eine Vollzeitkraft als Projektleiter eingesetzt. Mit Unterstützung eines Arbeitskreises mit Vertreterinnen und Vertretern aus Schule, Schulsozialarbeit, Jugendarbeit, Kirche, Sport, Verwaltung, Jugend und Politik koordiniert der Projektleiter den Prozess vor Ort. Er besucht Schulen sowie in der Jugendarbeit tätige Verbände und organisiert Veranstaltungen.

BISHERIGE WIRKUNG

In der Stadt ist das Thema „Jugend" präsenter geworden. Ein Dialog zwischen Jugend, Verwaltung und Politik findet statt. Alle Seiten sind bemüht, auf Augenhöhe miteinander zu kommunizieren. Die Presse berichtet positiv über die im Projekt angesiedelten kulturellen und politischen Veranstaltungen und Maßnahmen. Die kulturellen Veranstaltungen werden zudem sehr gut besucht. Das Jugendzentrum kann an seinem Ort bleiben und das Thema Outdoor-Park wurde angegangen.

HINDERNISSE & HERAUSFORDERUNGEN

Jugendliche fühlten sich in der Vergangenheit nicht ernst genommen. So wurden z. B. Jugendräume geschlossen, ohne für Alternativen zu sorgen. Durch den direkten Kontakt mit Jugendlichen im Jugendzentrum, auf der Straße, in den Verbänden und in den Schulen ist es aber dennoch gelungen, viele zu begeistern, ihre eigene Stadt mitzugestalten. Die finanzielle Situation der Stadt bleibt eine Herausforderung. Der Mangel an finanziellen Möglichkeiten erschwert oft die Umsetzung von Projekten und Ideen.

AKTIVITÄTEN & MEILENSTEINE

Eine besondere Rolle haben die Zukunftswerkstätten und die Auftaktveranstaltung der Stadt gespielt. Es waren ca. 50 bis 60 Jugendliche dabei, außerdem waren die Stadtpolitik und Verwaltung, Jugendverbände und die Schulsozialarbeit vertreten. Es kam zum ersten Mal zu einem Dialog von Jugendlichen mit Verwaltung und Politik. Die Jugendlichen gründeten Arbeitsgemeinschaften wie die Konzert AG, Medien AG, Theater AG und Outdoor AG. Durch Konzerte, Poetry-Slams, Theateraufführungen, Kurzfilme und Literaturabende gelang es, den Prozess entscheidend voranzutreiben.

PERSPEKTIVE & AUSBLICK

Wir wollen weiter machen, weil wir die Jugend in unserer Stadt brauchen. Bad Segeberg möchte die Stadt für junge Menschen attraktiver machen. Dies kann nur gelingen, wenn Jugendliche ernsthaft und langfristig in Planungen und Entscheidungen der Stadt einbezogen werden.

FÖRDERUNG & UNTERSTÜTZUNG

Wir arbeiten zusammen mit der Schulsozialarbeit aller weiterführenden Schulen, den Schulleitungen, allen im Rathaus ansässigen Parteien und der Stadtverwaltung. Unterstützt werden wir u. a. von den lokalen Redaktionen der Lübecker Nachrichten, den Kieler Nachrichten und lokalen Anzeigenblättern. Auch der Lionsclub, die Sparkasse und andere Jugendverbände aus den Bereichen Sport, politische Jugendbildung und kirchliche Jugendarbeit arbeiten daran, Bad Segeberg jugendgerechter zu gestalten.

Bezirk Tempelhof-Schöneberg, Berlin

BUNDESLAND	EINWOHNER	EINWOHNERDICHTE	JUGENDLICHE (12–27 J.)
Berlin	345.024	6.499 EW/km²	40.000

> Junge Menschen sind Teil der Stadt und werden somit selbstverständlich an den Entscheidungen, die sie betreffen, auf vielfältige Art mit einbezogen. Die Verstetigung dieses Selbstverständnisses ist grundlegendes Ziel der Bezirksverwaltung. Insofern war es nur ein logischer Schritt, sich auf den Weg zu einer (noch) jugendgerechteren Kommune zu machen.

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin
Abteilung Jugend, Umwelt, Gesundheit, Schule und Sport – Jugendamt
Oliver Schmidt, Bereichsleitung Jugend- und Familienförderung
Telefon 030 902772286
oliver.schmidt@ba-ts.berlin.de

WWW.BERLIN.DE

ZENTRALE ZIELE
Unser zentrales Ziel ist eine praktische Umsetzung der in der Entwicklung befindlichen Rahmenkonzeption für die Jugendarbeit. Anhand der dort festgelegten Themenbereiche, die mit den Prozessen der integrierten Jugendhilfeplanung einhergehen, sollen Maßnahmen für eine jugendgerechte Kommune diskutiert und festgeschrieben werden.

KOORDINATION
Der Prozess wird hauptsächlich von der Bereichsleitung der Jugend- und Familienförderung koordiniert. Dabei wird ein breites Netzwerk aus verschiedensten anderen Verwaltungsbereichen genutzt.

BISHERIGE WIRKUNG
Auf dem Weg zur jugendgerechten Kommune wird im Rahmen einer integrierten Jugendhilfeplanung ein Maßnahmenkatalog für die kommenden Jahre entwickelt. Zudem wird für die Felder der Jugendarbeit eine partizipativ entwickelte „Rahmenkonzeption Jugendarbeit" entwickelt und umgesetzt.

HINDERNISSE & HERAUSFORDERUNGEN
Herausforderungen sehen wir in der Beteiligung möglichst aller Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Dabei ist es nicht immer leicht, geeignete Methoden und Formate zu entwickeln, die eine breite Beteiligung ermöglichen. Die nun gewählte Form von sehr vielen, dezentralen Beteiligungsverfahren erscheint jedoch ein vielversprechender Weg zu sein.

AKTIVITÄTEN & MEILENSTEINE
Ein besonderer Meilenstein war die Zusammenarbeit mit dem bezirklichen Kinder- und Jugendparlament. Die dort erarbeiteten Wünsche und Bedarfe wurden in die inhaltliche Ausgestaltung der Planungskonferenzen im Rahmen der integrierten Jugendhilfeplanung aufgenommen.

PERSPEKTIVE & AUSBLICK
Besonders wichtig erscheint es uns, weiterhin alle Möglichkeiten zur breiten Beteiligung zu nutzen, aber vor allem weiter zu suchen, welche Methoden es noch gibt. Ein solcher Weg kann nur gelingen, wenn dafür strukturell eine stabile Basis aufgebaut ist.

FÖRDERUNG & UNTERSTÜTZUNG
Wir arbeiten zusammen mit den Mitgliedern des Bezirks-Jugendhilfeausschusses im Rahmen der integrierten Jugendhilfeplanung, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jugendarbeit und dem Kinder- und Jugendparlament Tempelhof-Schöneberg.

Bremerhaven

BUNDESLAND	EINWOHNER	EINWOHNERDICHTE	JUGENDLICHE (12–27 J.)
Bremen	119.709	1.173,7 EW/km²	18.389

> Wir haben uns entschieden, uns auf den Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit zu machen, weil wir gemeinsam mit unterschiedlichen Akteuren aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich und der Politik ein jugendpolitisches Leitbild für die Stadt Bremerhaven entwickeln wollen, das Jugendpolitik als ressortübergreifende Querschnittpolitik beschreibt. Bestehende Strukturen der Jugendpartizipation sollen genutzt und weiter entwickelt werden, um Jugendliche an der Leitbildentwicklung zu beteiligen.

Amt für Jugend, Familie und Frauen
Hinrich-Schmalfeldt-Straße 30, 27576 Bremerhaven
Jens Oppermann
Telefon 04715 902070, Fax 04715 903502070
jens.oppermann@magistrat.bremerhaven.de

WWW.BREMERHAVEN.DE

ZENTRALE ZIELE
Mit einer nachhaltigen Jugendbeteiligung soll ein jugendgerechtes Bremerhaven zur Weiterentwicklung unserer demokratischen Gesellschaft beitragen. Mit der Entwicklung eines jugendpolitischen Leitbilds für eine „Jugendgerechte Kommune" sollen die Potenziale und Chancen, die unsere Gesellschaft mit einer starken Jugend erhält, sichtbar gemacht und kontinuierlich im Bewusstsein der Gesellschaft gehalten werden.

KOORDINATION
Wir koordinieren den Prozess vor Ort durch das Amt für Jugend, Familie und Frauen. Wichtiger Partner ist der Stadtjugendring, der auch die Anbindung an den Bremer Jugendring gewährleistet.

BISHERIGE WIRKUNG
Das Thema „Jugendgerechte Kommune" wird in der Fachwelt und den jugendlichen Strukturen intensiv diskutiert und hat für neuen Schwung in der Kommunalpolitik gesorgt.

HINDERNISSE & HERAUSFORDERUNGEN
Die Politik begegnete dem Prozess mit Skepsis wegen möglicher Folgekosten. Mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern führen wir deshalb intensive Gespräche, um Ängste zu nehmen und über die Potenziale einer jugendgerechteren Stadt aufzuklären.

AKTIVITÄTEN & MEILENSTEINE
Folgender Meilenstein ist für uns derzeit besonders wichtig: Wir planen eine Jugendkonferenz im ersten Quartal 2017, um die Jugendbeteiligung am Prozess zu intensivieren.

PERSPEKTIVE & AUSBLICK
Wir wollen weiter machen, weil die Stadt Bremerhaven auch langfristig vor der jugendpolitischen Herausforderung steht, Kindern und Jugendlichen eine Perspektive aufzuzeigen, wie sie ihre Stadt aktiv mitgestalten und ihr Recht auf gesellschaftliche Teilhabe einfordern können.

FÖRDERUNG & UNTERSTÜTZUNG
Wir arbeiten zusammen mit dem Gartenbauamt, dem Stadtjugendring, dem Jugendforum der Partnerschaft für Demokratie Bremerhaven und der Kinderbeauftragten der Stadt Bremerhaven. Unterstützt werden wir durch die städtischen Jugendfreizeiteinrichtungen, die Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie Bremerhaven, die Steuerungsgruppe Spielleitplanung und die Initiative BremerhavenerInnen für Kinder und Jugendliche. Angestrebt wird die Einbindung des Strukturierten Dialogs (Jugendbeteiligungsformat zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie).

Dreieich

BUNDESLAND	EINWOHNER	EINWOHNERDICHTE	JUGENDLICHE (12–27 J.)
Hessen	44.000	752 EW/km²	6.341

Die Zusage für die Teilnahme am Prozess traf in Dreieich ein, als dort die Wahlen zum ersten Jugendparlament durchgeführt wurden. Die Stadt Dreieich hat sich damit für ein bislang noch nicht vorhandenes Format zur politischen Beteiligung von Jugendlichen entschieden. Ziel ist, das Jugendparlament langfristig als eine effektive Interessensvertretung zu etablieren.

Patrick Bessler, Stadt Dreieich
Hauptstraße 45, 63303 Dreieich
Telefon 06103 601236, patrick.bessler@dreieich.de
Dirk Libbach, BIKhaus Dreieichenhain
Hainer Chaussee 72, 63303 Dreieich
Telefon 06103 85987, bikhaus@web.de

WWW.DREIEICH.DE

ZENTRALE ZIELE

- Jugendliche in Dreieich nehmen das Jugendparlament als ihre kommunale Interessensvertretung wahr und wenden sich mit ihren Belangen an das Jugendparlament.
- Die kommunale Verwaltung unterstützt das Jugendparlament bei seiner Arbeit.
- Jugendgerechtigkeit ist ein Querschnittsthema in allen relevanten Bereichen der kommunalen Verwaltung.
- Politik und Verwaltung beachten die Belange von Jugendlichen bei ihren Entscheidungsprozessen.

KOORDINATION

Die Mitarbeiter der Kinder- und Jugendförderung stehen mit den Mitgliedern des Jugendparlaments in regem Kontakt. Als gemeinsamer Treffpunkt dient hierfür das Jugendzentrum BIKhaus, in dem das Jugendparlament auch sein Büro hat. Weiterhin stellt die Kinder- und Jugendförderung eine Schnittstelle zu anderen Verwaltungsbereichen der Stadt dar.

BISHERIGE WIRKUNG

Die Wahlen für das erste Jugendparlament (JuPa) wurden erfolgreich durchgeführt. Die Mitglieder des JuPa treffen sich regelmäßig zu Vollversammlungen und Arbeitsgruppen. Es wurde ein gut besuchter Workshoptag vom JuPa durchgeführt, bei dem Jugendliche Workshops zu verschiedenen Themen selbst veranstaltet haben. Dieser trug zu mehr Bekanntheit des JuPa bei. Das JuPa hat ein groß angelegtes Beteiligungsevent für Dreieicher Jugendliche geplant, das in 2017 durchgeführt wird.

HINDERNISSE & HERAUSFORDERUNGEN

Die Wahlen des JuPa waren organisatorisch sehr aufwändig. Glücklicherweise waren alle daran beteiligten Akteure (Schulen, Stadtverwaltung, Schülervertretungen) sehr motiviert und kooperativ, so dass die Wahlen erfolgreich mit hoher Wahlbeteiligung durchgeführt werden konnten. Da es bisher noch nie ein Jugendparlament in Dreieich gab, ist dies für alle Beteiligten etwas Neues. Das zeigt, dass der Prozess der Etablierung des JuPa auch ein ständiger Lernprozess ist.

AKTIVITÄTEN & MEILENSTEINE

Der gesamte Prozess in Dreieich beweist, dass das gängige Klischee der „politikverdrossenen Jugend" nicht zutrifft. Jugendliche sind in sehr hohem Maß daran interessiert, sich an den politischen Prozessen in ihrer Kommune zu beteiligen. Auch Politik und Verwaltung stehen dem Engagement Jugendlicher meist offen gegenüber. Deshalb gilt es geeignete Formen und Wege zu finden, um Jugendlichen, Politik und Verwaltung einen Dialog auf Augenhöhe zu ermöglichen.

PERSPEKTIVE & AUSBLICK

Wie jugendgerecht eine Kommune ist, steht und fällt meistens mit engagierten Akteuren. Fehlen diese, werden die Interessen von Jugendlichen weniger beachtet. Deshalb muss Jugendgerechtigkeit und -partizipation strukturell in den Kommunen verankert werden.

FÖRDERUNG & UNTERSTÜTZUNG

Die Hauptakteure vor Ort sind Mitarbeiter der Kinder- und Jugendförderung und Mitglieder des Jugendparlamentes. Weiterhin kooperieren wir bei konkreten Vorhaben mit anderen Verwaltungseinheiten der Stadt, mit Schulen und weiteren interessierten Jugendlichen. Die Unterstützung der Verwaltungsspitze ist in Dreieich sichergestellt und für den Prozess unverzichtbar.

Finsterwalde

BUNDESLAND	EINWOHNER	EINWOHNERDICHTE	JUGENDLICHE (12–27 J.)
Brandenburg	17.175	220 EW/km²	ca. 2.000

> Wir haben uns entschieden, uns auf den Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit zu begeben, weil sich die Stadt Finsterwalde für junge Menschen stark machen will und Jugendliche dafür begeistern möchte, sich aktiv in die Stadtgestaltung einzubringen. Mit ihrem unvoreingenommenen Blick auf die Dinge und die Region sollen sie Sichtweisen eröffnen und Veränderungsbereitschaft hervorrufen. Denn die Erwachsenen – Politik, Verwaltung, Unternehmen und Institutionen – profitieren letztlich von den Anregungen der jungen Generation.

Stadtverwaltung Finsterwalde
Schlossstraße 7/8, 03238 Finsterwalde
Antje Schulz, Jugendkoordinatorin
Telefon 03531 783825, Fax 03531 783112
juko@finsterwalde.de

WWW.FINSTERWALDE.DE

ZENTRALE ZIELE

- Jugendliche sollen wissen, welche Personen verantwortlich sind, Informationen werden einfach zugänglich bereitgestellt und Beteiligungsformate für alle Jugendlichen werden etabliert. Junge Menschen werden in Planungen, Entwicklungen und Entscheidungen der Kommune verbindlich einbezogen.
- Es soll geregelte Beschwerdeverfahren für Jugendliche geben.
- Die Vielfalt der Jugendlichen wird gesehen, wertgeschätzt und berücksichtigt. Dies gilt insbesondere auch für geflüchtete Jugendliche. Vorurteile werden durch Begegnungen und engen, regelmäßigen Kontakt zwischen Politik und Jugend abgebaut.

KOORDINATION

Wir koordinieren den Prozess vor Ort mit unserer Jugendkoordinatorin und einer Mitarbeiterin des Freizeitzentrums. Bei der Jugendkoordinatorin laufen die organisatorischen Fäden zusammen. Es finden regelmäßige Treffen mit Jugendlichen statt. Ein Arbeitskreis begleitet den Prozess. Die Koordinatorin ist Schnittstelle zwischen Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Jugendlichen.

BISHERIGE WIRKUNG

- Das Resultat einer Jugendkonferenz sind kleinere Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen (z. B. Kultur, Stadtbild).
- Ansprechpersonen in den einzelnen Vereinen, Jugendgruppen und Initiativen wurden ermittelt. Die Netzwerkarbeit wurde gestärkt.
- Es wurden Dialoge zwischen Jugend und Politik ins Leben gerufen.
- Um Jugendliche anzusprechen, werden moderne Medien genutzt.
- Der Fokus der Aktivitäten wird auf Kultur, Stadtbild und Sport gelegt.
- Die Jugendszene wird durch unterschiedlichste Veranstaltungen und Projekte (Skater Contest, Graffiti-Projekte, etc.) wieder sichtbarer in Finsterwalde.

HINDERNISSE & HERAUSFORDERUNGEN

Die größte Herausforderung besteht darin, interessierte und auf Dauer engagierte Jugendliche in Finsterwalde zu finden. Einige Versuche Jugendliche für die Sache längerfristig zu begeistern, sind fehlgeschlagen. Das Engagement hält meist nur projektbezogen. Wir wollen diese Feststellung evaluieren und Ideen entwickeln. Solide personelle, fachliche sowie finanzielle Strukturen müssen überdacht und diskutiert werden.

AKTIVITÄTEN & MEILENSTEINE

- Einbeziehung der Jugendlichen in die Stadtplanung und -gestaltung
- Weiterentwicklung der Skaterhalle und des Skaterparks
- regelmäßige Gesprächsrunden mit Bürgermeister und Fachabteilungsleitern
- Schaffung eines öffentlichen Versammlungsraumes für Jugendliche
- Umsetzung von kulturellen Projekten unter dem Motto „Finsterwalde ist bunt"
- Sichtbarmachung von Jugendlichen in der Öffentlichkeit
- Verbesserung von Informationswegen und stärkere Vernetzung der Akteure

PERSPEKTIVE & AUSBLICK

Wir wollen Jugendlichen die Möglichkeit eröffnen, an der Kommunalpolitik mitzuwirken. Gemeinsam sollen Freiräume und Entfaltungsmöglichkeiten für Jugendliche geschaffen werden. Diese Räume gibt es sowohl in Jugendzentren als auch in selbstverwalteten Strukturen, die nach Bedarf von der Kommune unterstützt werden. Finsterwalde möchte „echte" Beteiligung erlernen und leben.

FÖRDERUNG & UNTERSTÜTZUNG

Die Stadt möchte bestehende Partnerschaften stärken und ausbauen, u. a. zu Stadtverordneten, Verwaltung, Schulen, Vereinen, Unternehmen und zur örtlichen Presse.

Fürth

BUNDESLAND	EINWOHNER	EINWOHNERDICHTE	JUGENDLICHE (12–27 J.)
Bayern	124.171	1.960 EW/km²	19.200

> Der Stadtjugendring Fürth und das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien haben sich entschieden, sich auf den Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit zu machen, weil wir über unser Jugendpartizipationsprojekt „Echt-Fürth" motiviert wurden, uns aktiver für die Zukunftsfähigkeit unserer Kommune einzusetzen. Wir wollen den Interessen junger Menschen langfristig mehr Einfluss in der Stadtentwicklung verschaffen. Die Bildung des Jugendbeirats im Bundesprogramm „Demokratie Leben!" hat diesen Prozess positiv unterstützt.

Amt für Kinder, Jugendliche und Familien der Stadt Fürth
Königsplatz 2, 90762 Fürth
Jutta Küppers, Abteilung Jugendarbeit
Telefon 0911 9741557, Fax 0911 9741513
jugendarbeit-fue@odn.de

WWW.JUGENDARBEIT.FUERTH.DE & WWW.ECHT-FUERTH.DE

ZENTRALE ZIELE

Ein Ziel ist es, unser Projekt „Echt-Fürth" strukturell in der Stadt zu verankern. Eine empirische Grundlage für jugendgerechte Planungen soll mit einer regelmäßigen Jugendberichterstattung gelingen. Diese bezieht sich auf die statistische Erfassung und Auswertung von Sozialdaten ebenso wie auf Ergebnisse aus Befragungen und Interviews von und mit Jugendlichen. Erarbeitet werden soll außerdem ein kommunales Leitbild „Jugendgerechte Kommune Fürth" in einem Dialog mit jungen Menschen, Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit.

KOORDINATION

Wir koordinieren den Prozess vor Ort über eine Lenkungsgruppe in Zusammenarbeit mit dem Jugendbeirat. Der Jugendhilfeausschuss wird regelmäßig einbezogen.

BISHERIGE WIRKUNG

Es ist uns gelungen, zusätzliche Ressourcen in Form einer befristeten Teilzeitstelle für Beteiligungsmanagement durchzusetzen. Außerdem haben wir mit der Durchführung einer Onlineumfrage einen Auftakt für eine kontinuierliche Jugendberichterstattung geliefert. Es ist gelungen, das Thema Jugendgerechtigkeit im politischen Raum hervorzuheben. Projekte, die durch unsere Dialogreihe „Wortwechsel" angestoßen wurden (Skaten, Graffiti, u. a.), konnten erfolgreich umgesetzt werden.

HINDERNISSE & HERAUSFORDERUNGEN

Am schwierigsten war es, die Unterstützungszusage von Seiten der Kommunalpolitik tatsächlich mit Ressourcen zu unterfüttern und Einfluss auf gesamtstädtische Planungsprozesse zu erlangen. Gerade im Bereich der klassischen Planungsämter (Stadtentwicklung, Bau und Grünflächen) sind wir noch auf der Suche nach Partnerinnen und Partnern. Hier wird Beteiligung noch mit zu viel Skepsis wahrgenommen. Von der Verwaltungsspitze wünschen wir uns konsequente Unterstützung, personell sowie ideell.

AKTIVITÄTEN & MEILENSTEINE

Unser Jugendpartizipationsprojekt „Echt-Fürth" konnte durch die Förderung des Innovationsfonds des Bundesjugendministeriums aufgebaut werden. Die Einbeziehung von Politikerinnen und Politikern aus dem Stadtrat als Politikpaten für Echt-Fürth-Standorte (Jugendhäuser) und -Projekte schaffte einen wichtigen Bezug der Stadtpolitik zum Prozess, der sich auch als hilfreich in der Ressourcenfrage zeigt. Mit einer Online-Umfrage konnten wir den Prozess bei Jugendlichen bekannter machen, die Verwaltungsspitze über die Themen der Jugendlichen informieren und neue Impulse in der Stadt setzen.

PERSPEKTIVE & AUSBLICK

Wir wollen weiter machen, weil wir es für notwendig halten, das politische Bewusstsein von jungen Menschen für demokratische Prozesse durch Beteiligung zu stärken, auch um dem aufziehenden Populismus etwas entgegen zu setzen. Unter dem Gesichtspunkt von demografischen Entwicklungen ist es wichtig, dass junge Menschen sich einmischen, um ihren Interessen Gehör zu verleihen und sich als politische Einflussgröße zu positionieren.

FÖRDERUNG & UNTERSTÜTZUNG

Wir arbeiten zusammen mit dem Stadtjugendring Fürth, dem Jugendbeirat, der freien und kommunalen Jugendarbeit in der Stadt, mit dem Begleitausschuss von „Demokratie leben!" und dem Jugendhilfeausschuss.

Hannover

BUNDESLAND	EINWOHNER	EINWOHNERDICHTE	JUGENDLICHE (12–27 J.)
Niedersachsen	537.738	2.607 EW/km²	103.426

Die Stadt Hannover hat sich in Kooperation mit dem Stadtjugendring und gemeinsam mit Jugendlichen zur Teilnahme entschieden, um Interessen und Bedarfe junger Menschen stärker in der Kommunalpolitik zu verankern. Knapp 20 Prozent der Stadtgesellschaft sind zwischen zwölf und 27 Jahre alt. Viele der jungen Menschen engagieren sich in Jugendverbänden, Jugendkulturen und Jugendszenen. Partizipation ist schon lange ein wichtiges Thema. Jugendliche Belange sollen nun noch mehr in den öffentlichen Blick gerückt werden.

Landeshauptstadt Hannover
Fachbereich Jugend & Familie, Bereich Kinder- und Jugendarbeit
Ihmepassage 7, 30449 Hannover
Telefon 0511 16840393, 51.5@hannover-stadt.de
www.facebook.com/jugendlebtstadt

WWW.HANNOVER.DE (STICHWORT: JUGEND LEBT STADT)

ZENTRALE ZIELE

Ein zentrales Ziel ist die Entwicklung und Verankerung von vielfältigen Beteiligungsformen und nachhaltigen Strukturen, die jungen Menschen aller Milieus Teilhabe, Beteiligung und Mitreden an allen relevanten Fragestellungen und Politikfeldern ermöglichen. Dazu sollen regelmäßige Dialoge zwischen Jugend, Politik und lokalen Akteuren geschaffen, Jugend als Querschnittsthema mit klaren Zuständigkeiten in der Verwaltung etabliert und ein nachhaltiges Rahmenkonzept für ein jugendgerechtes Hannover erarbeitet werden.

KOORDINATION

Der Prozess wird durch eine Steuerungsgruppe, bestehend aus Fachkräften der Verwaltung und des Stadtjugendrings, sowie mit Jugendlichen gemeinsam koordiniert.

BISHERIGE WIRKUNG

- Gründung einer übergreifenden Fach- und Steuerungsgruppe (bestehend aus Jugendlichen und Hauptamtlichen)
- stadtweite Jugendaktionen von, mit und für Jugend
- regelmäßige, offene Jugendforen und Arbeitsgruppen
- sozialräumlich orientierte Beteiligungsprojekte
- Entwicklung von Qualifizierungsangeboten
- Entstehung der Marke „Jugend lebt Stadt"
- „Jugend lebt Stadt" als Referenzprojekt im Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030"

HINDERNISSE & HERAUSFORDERUNGEN

Verwaltungswege in einer Großstadt wie Hannover sind für Jugendliche oftmals zu lang. Sie wünschen sich hier mehr Transparenz. Als Kommune versuchen wir, die Abläufe zu erklären und gemeinsam mit Jugendlichen nach Lösungen zu suchen.

AKTIVITÄTEN & MEILENSTEINE

- Jugendbeteiligung: Das hat Interesse geweckt. Denn ernsthafte und transparente Beteiligung stärkt Selbstorganisationsprozesse sowie persönliche Kompetenzen der Jugendlichen.
- Dialog zwischen Jugend, Politik, Verwaltung und lokalen Akteuren: Die Beteiligten haben sich gegenseitig kennengelerntn und Skepsis wurde abgebaut.
- Kooperation mit wichtigen Schlüsselpersonen: Hauptamtliche aus der Praxis vernetzen sich und tauschen sich aus.
- Jugendbeteiligung als Bildungsauftrag: Das Demokratieverständnis der Jugendlichen wurde gefördert.

PERSPEKTIVE & AUSBLICK

Die Gesellschaft braucht die Ideen und das Engagement junger Menschen. Jugendliche stehen in ihrer Vielfältigkeit vor eigenen Herausforderungen. Um sie zu unterstützen und ihre Fähigkeiten anerkennen zu können, müssen entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen, Beteiligungsmöglichkeiten ausgebaut und Teilhabechancen gestärkt werden. In Hannover gibt es engagierte Jugendliche, die sich einsetzen, die Lust an Demokratie und Stadtentwicklung haben und Politikerinnen und Politiker, die diesen Prozess konsequent unterstützen.

FÖRDERUNG & UNTERSTÜTZUNG

Wir arbeiten zusammen mit dem Stadtjugendring Hannover e.V. und seinen Jugendverbänden, Beteiligungsprojekten (z.B. von Politik zum Anfassen e.V., KJW der AWO Region Hannover, Janun e.V. Region Hannover, Rotes Sofa des VNB und Europa ist Hier! der aej), Jugendzentren und Jugendtreffs in kommunaler und freier Trägerschaft, mit unterschiedlichen Fachbereichen der Stadtverwaltung, dem Beirat zur Förderung von Jugendkulturen, der Amadeu Antonio Stiftung, der ju:an – Praxisstelle sowie diversen Jugendinitiativen und Jugendprojekten.

Stadtteil Barmbek-Nord, Hamburg-Nord

BUNDESLAND	EINWOHNER	EINWOHNERDICHTE	JUGENDLICHE (12–27 J.)
Hamburg	40.231	10.478 EW/km²	8.129

Unter dem Titel „Create Barmbek-Nord" sollen Jugendliche durch verschiedene Beteiligungsformate in die Stadtteilgestaltung einbezogen werden. Das Projekt richtet sich sowohl an Jugendliche, die sich vor Ort bereits aktiv einbringen, als auch an diejenigen, die neu im Stadtteil sind oder die sozialräumlichen Strukturen noch nicht nutzen. Besondere Herausforderungen in Barmbek-Nord sind ein hoher Anteil einkommensschwacher und migrantischer Bevölkerung, eine schwache Sozialstruktur bei gleichzeitig starkem Aufkommen an hochwertigen Neubauquartieren und eine Unterkunft für geflüchtete Menschen zentral im Stadtteil.

Bezirksamt Hamburg-Nord
Kirsten Krebs, Fachamt Jugend- und Familienhilfe
Telefon 040 428042124, kirsten.krebs@hamburg-nord.hamburg.de
Dr. Sabine Kuss, Fachamt Sozialraummanagement
Telefon 040 428042628, sabine.kuss@hamburg-nord.hamburg.de

WWW.HAMBURG-NORD.HAMBURG.DE

ZENTRALE ZIELE

Unsere zentralen Ziele sind die Umsetzung der Forderungen und Ideen des durchgeführten Jugendforums, u. a. die Einrichtung eines Jugendtreffs an zentraler Stelle im Stadtteil sowie die Erarbeitung eines Instruments zur regelmäßigen Beteiligung von Jugendlichen an der Stadtteilentwicklung. Die jungen Menschen sollen erfahren, dass ihre Stimmen gehört und wertgeschätzt werden und dass durch ihre Mitwirkung positive Veränderungen (im Stadtteil) möglich sind. Unabhängig von ihrer Herkunft und ihren persönlichen Ausgangslagen sollen alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen die gleichen Chancen haben, ihre Lebenswelt im Stadtteil Barmbek mitzugestalten.

KOORDINATION

Wir koordinieren den Prozess vor Ort mit einem geringen Stellenanteil von zwei bezirklichen Verwaltungsangestellten in Zusammenarbeit mit vor Ort tätigen sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus einer Jugendeinrichtung und der Straßensozialarbeit.

BISHERIGE WIRKUNG

Das im November 2016 durchgeführte Jugendforum hat engagierte Jugendliche und Fachleute aus Politik und Verwaltung einander näher gebracht. Der gemeinsame dort vollzogene Prozess der Erarbeitung von realistischen Ideen für einen jugendgerechteren Stadtteil war von gegenseitiger Wertschätzung und Offenheit geprägt. Bei den verantwortlichen Personen aus Politik und Verwaltung besteht eine große Bereitschaft zur Umsetzung der erarbeiteten Pläne.

HINDERNISSE & HERAUSFORDERUNGEN

Die Ansprache der Jugendlichen über die üblichen Wege hat sich als schwierig erwiesen. Soziale Netzwerke (z. B. Facebook oder Twitter) zu nutzen, war aufgrund fehlender technischer Ausstattung und nicht ausreichender Personalkapazitäten von Seiten der Bezirksverwaltung nicht zu leisten. Durch eine gute Zusammenarbeit mit den Schulen im Stadtteil Barmbek-Nord ist es dennoch gelungen, viele Jugendliche zu erreichen.

AKTIVITÄTEN & MEILENSTEINE

Die Durchführung des Jugendforums in Barmbek-Nord war ein besonderer Erfolg, weil dort viele engagierte Jugendliche mit den erwachsenen Entscheidungsträgerinnen und -trägern in einen konstruktiven Dialog gehen konnten und gemeinsam realisierbare Ideen für einen jugendgerechteren Stadtteil entstanden sind. Die Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort (Einrichtungen, Schulen, politischer Ausschuss) ist elementar. Unsere Partnerinnen und Partner unterstützen bei der Ansprache der Jugendlichen und bei der Umsetzung der Ideen der Jugendlichen. Ohne sie wäre ein erfolgreicher Partizipationsprozess nicht möglich.

PERSPEKTIVE & AUSBLICK

Wir wollen weiter machen, weil die Belange der jungen Menschen im Stadtteil wahrgenommen und wertgeschätzt werden sollen. Die Sicht der Jugendlichen auf ihren Stadtteil und ihre Anregungen und Ideen sind auch aus Sicht der Bezirksverwaltung und -politik äußerst wertvoll für die Stadtteilentwicklung.

FÖRDERUNG & UNTERSTÜTZUNG

Wir arbeiten mit Schulen, Einrichtungen der Jugendarbeit, Kirchengemeinden, Jugendverbänden und Sportvereinen zusammen. Unterstützt werden wir von der Hamburger Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.

Leipzig

BUNDESLAND	EINWOHNER	EINWOHNERDICHTE	JUGENDLICHE (12–27 J.)
Sachsen	588.621	1.979 EW/km²	101.955

> Wir haben uns entschieden, uns auf den Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit zu machen, weil das Thema Jugend seit vielen Jahren einen hohen Stellenwert in Leipzig genießt. Die vorhandenen vielfältigen Beteiligungs- und Interessenvertretungsmöglichkeiten sollen noch besser aufeinander abgestimmt und in eine Strategie eingebettet werden. Die Begleitung und der Erfahrungsaustausch im bundesweiten Prozess bieten dafür optimale Rahmenbedingungen und wichtige Impulse.

Stadt Leipzig – Amt für Jugend, Familie und Bildung
Goerdelerring 20, 04109 Leipzig
Nicole Netwall, Geschäftsstelle Kinder- und Jugendbeteiligung
Telefon 0341 1231147, Fax 0341 1231145
nicole.netwall@leipzig.de

WWW.LEIPZIG.DE

ZENTRALE ZIELE

- Wir wollen unsere Kommunikation und Veranstaltungsformate jugendgerechter ausbauen.
- Jugendliche sollen ihre Beteiligungsmöglichkeiten kennen.
- Bestehende Strukturen, insbesondere die des Jugendparlaments, sollen dauerhaft unterstützt werden. Parallel werden auch Themen der Kinder und Jugendlichen intensiver in den Planungsräumen bearbeitet.
- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen soll als Querschnittsaufgabe in der Stadtverwaltung verstanden werden.
- Netzwerkstrukturen sollen verstetigt und eine Strategie zur Kinder- und Jugendbeteiligung soll entwickelt werden.

KOORDINATION

Wir koordinieren den Prozess vor Ort im Rahmen des „Entwicklungskreises Jugendgerechte Kommune". Mitglieder in diesem Kreis sind das Jugendparlament, die Stadtverwaltung, der Stadtrat und Träger der freien Jugendhilfe.

BISHERIGE WIRKUNG

- Aufwertung des Themas Jugendgerechtigkeit durch die Einrichtung einer Geschäftsstelle „Kinder- und Jugendbeteiligung" im Amt für Jugend, Familie und Bildung
- Verstetigung der pädagogischen Begleitung des Jugendparlaments durch die Geschäftsstelle
- Beginn der Etablierung von Netzwerkstrukturen im „Entwicklungskreis Jugendgerechte Kommune"

HINDERNISSE & HERAUSFORDERUNGEN

- Einbindung von Jugendlichen über den Kreis der bereits politisch Aktiven hinaus
- Erprobung jugendgerechter Kommunikationswege zwischen Verwaltung und Jugendlichen
- Bedarf an jugendgerechten Formaten und Ansätzen im verwaltungsinternen Berichtswesen
- Etablierung eines verwaltungsinternen und -externen Netzwerks zur Steuerung des Gesamtprozesses

AKTIVITÄTEN & MEILENSTEINE

- eine Auftaktveranstaltung in Kooperation mit dem Landesprojekt „Lass uns reden – Jugendzeit"
- Verknüpfung des Bundesprogramms „Demokratie leben!" und des Prozesses „Jugendgerechte Kommune", Einrichtung des Jugendfonds und Mittelvergabe durch das Jugendparlament
- Peer Learning-Seminare mit den anderen Referenzkommunen
- Etablierung der „Entwicklungsgruppe Jugendgerechte Kommune"
- Einrichtung der Geschäftsstelle „Kinder- und Jugendbeteiligung"
- Vorbereitung der Neuwahl des Jugendparlaments (Frühjahr 2017)

PERSPEKTIVE & AUSBLICK

Wir wollen weiter machen, weil der Prozess bereits erste Wirkungen in unserer Stadt entfaltet und wir weitere Begleit- und Austauschmöglichkeiten nutzen möchten.

FÖRDERUNG & UNTERSTÜTZUNG

Wir arbeiten zusammen mit dem Jugendparlament, dem Stadtschülerrat sowie dem Stadtelternrat, der Stadtverwaltung (Amt für Jugend, Familie und Bildung, Büro für Ratsangelegenheiten, Kulturamt, dem Stadtrat, Jugendhilfeausschuss), dem Kinderbüro, dem Stadtjugendring und der Volkshochschule Leipzig.

Landkreis Merzig-Wadern

BUNDESLAND	EINWOHNER	EINWOHNERDICHTE	JUGENDLICHE (12–27 J.)
Saarland	103.520	186 EW/km²	15.500

> Junge Menschen sollen in ihrem direkten Lebensumfeld erfahren, dass ihre Anliegen und Bedürfnisse gehört und erkannt werden und sie Einfluss auf wichtige Entscheidungen haben können. Unter der Federführung der Jugendpflegerinnen sollen Angebote zur Interessenvertretung junger Menschen in Kooperation mit Städten und Gemeinden etabliert werden.

Landkreis Merzig-Wadern – Sachgebiet Jugendarbeit
Bahnhofstraße 44, 66663 Merzig
Klaus Neusius, Telefon 06861 80239, k.neusius@merzig-wadern.de
Jugendbüro Perl-Mettlach
Schmiedewäldchen 9a, 66693 Mettlach-Orscholz
Jenny Lauer, Telefon 06865 9116932, jugendbuero-perl-mettlach@merzig-wadern.de

WWW.FACEBOOK.COM/JUGENDARBEIT.MERZIGWADERN

ZENTRALE ZIELE

- Es sollen wirksame, strukturell verankerte Partizipationsformate in unterschiedlichen Formen geschaffen werden.
- Räume für Jugendliche sollen in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt und die Erreichbarkeit für Jugendliche verbessert werden.
- Kulturelle Angebote sollen jugendspezifisch erweitert werden.
- Politische und rechtliche Informationen, die Jugendliche betreffen, werden zugänglich gemacht.
- Jugendliche sollen verbindlich in Entscheidungen und Planungen, die sie betreffen, einbezogen werden.

KOORDINATION

Das Kreisjugendamt koordiniert mit seinen dezentral vor Ort arbeitenden Jugendpflegerinnen den Prozess in den fünf Gemeinden und zwei Städten.

BISHERIGE WIRKUNG

- Im Rahmen des Regionalentwicklungsprogramms LEADER wird eine Ist-Stand-Analyse jugendlicher Lebenswelten in Form von Zukunftswerkstätten im Frühjahr 2017 in jeder Kommune durchgeführt.
- Politische und rechtliche Themen wie das Jugendschutzgesetz und die Inhalte von Sitzungen des Jugendhilfeausschusses werden in jugendgerechter Sprache über www.facebook.com/Jugendarbeit.MerzigWadern kommuniziert.
- Vom ortsansässigen Kulturanbieter werden 2017 mehrere Konzerte für junge Menschen angeboten z. B. ein „Rap-Battle".

HINDERNISSE & HERAUSFORDERUNGEN

Es ist Überzeugungsarbeit bei den kommunalen Entscheidungsträgerinnen und -trägern zu leisten, um diese zu motivieren sich aktiv einzubringen. Ziel ist es, dass Jugendgerechtigkeit als Querschnittsaufgabe in allen Fachbereichen verstanden wird. Hierfür wurde vor allem durch die Landrätin Frau Schlegel-Friedrich im Rahmen von Bürgermeisterbesprechungen und durch persönliche Ansprache der Bürgermeister durch die örtlich zuständigen Jugendpflegerinnen geworben.

AKTIVITÄTEN & MEILENSTEINE

- die erste Ist-Stand-Analyse vorhandener Strukturen, Netzwerke und Räume für Jugendliche im Landkreis Merzig-Wadern anhand der Leitfragen der Koordinierungsstelle
- die Bewilligung unseres Antrags für ein LEADER-Projekt zur finanziellen Förderung der „Ist-Stand-Analyse jugendlicher Lebenswelten im Landkreis Merzig-Wadern" in Form von Zukunftswerkstätten

PERSPEKTIVE & AUSBLICK

Junge Menschen sollen den Landkreis Merzig-Wadern als attraktiven Lebensraum wahrnehmen. Sie sollen gerne dort leben wollen. Vor allem sollen sie erfahren, dass sie in die Gestaltung ihrer Lebenswelt aktiv eingebunden werden. Dadurch sollen sie sich als mündige Bürgerinnen und Bürger anerkannt sehen.

FÖRDERUNG & UNTERSTÜTZUNG

Wir arbeiten zusammen mit den sieben Kommunen des Landkreises, der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, den Schoolworkern, den Familienzentren, Vereinen, Jugendclubs und Schulen.

Naumburg

BUNDESLAND	EINWOHNER	EINWOHNERDICHTE	JUGENDLICHE (12–27 J.)
Sachsen-Anhalt	33.675	259 EW/km²	4.297

> Wir haben uns entschieden, uns auf den Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit zu machen, weil es uns ein Anliegen ist, junge Menschen in Gestaltungsprozesse einzubeziehen, sie als Expertinnen und Experten in eigener Sache anzuerkennen und Raum für ihre Anliegen zu gewähren.

Stadtverwaltung Naumburg
Markt 1, 06618 Naumburg
Steffi Schikor, Telefon 03445 273113, steffi.schikor@naumburg-stadt.de
Susanne Rieske, Telefon 03445 273416, susanne.rieske@naumburg-stadt.de
www.facebook.com/Jugendparlament-Naumburg

WWW.NAUMBURG.DE

ZENTRALE ZIELE

- die Verankerung einer verbindlichen Jugendbeteiligungsstruktur, die wirksamen Einfluss auf alle relevanten Planungsprozesse hat
- die Schaffung arbeitsfähiger Strukturen, die Jugendbeteiligung ermöglichen
- die Sicherung einer auskömmlichen Finanzierung der Jugendarbeit in der Stadt Naumburg

KOORDINATION

Wir koordinieren den Prozess vor Ort mit der Unterstützung lokaler Netzwerke, die bereits seit vielen Jahren Lobbyarbeit für eine kinder-, jugend- und familienfreundliche Kommune leisten.

BISHERIGE WIRKUNG

- stärkere Akzeptanz des Jugendparlamentes
- Einfluss der Thematik in das Integrierte Stadtentwicklungskonzept
- Jugend als Indikator der Sozialplanung im Landkreis

HINDERNISSE & HERAUSFORDERUNGEN

- Kürzung der Mittel für Jugendarbeit, lokal und auf Landesebene
- Sensibilisierung von Entscheidungsträgerinnen und -trägern in Verwaltung und Kommunalpolitik bezüglich Beteiligungsprozessen
- mangelnde Unterstützung durch die Schulen
- Gewinnung junger Menschen zum Mitmachen

AKTIVITÄTEN & MEILENSTEINE

- Verstetigung des lokalen Netzwerkes Jugendarbeit
- Motivation von Jugendlichen zum Mitmachen sowie zur personellen Stärkung des Jugendparlaments
- Projekt mit Skatern und Hochschule Merseburg zur Sanierung der Skateranlage
- Öffentlichkeitsarbeit

PERSPEKTIVE & AUSBLICK

Wir wollen weiter machen, weil die Jugend unsere Zukunft ist und weil alle Anstrengungen unternommen werden müssen, den Auswirkungen des demografischen Wandels entgegenzuwirken. Gestaltungsspielräume für Jugendliche und wirksame Mitbestimmung müssen zum Selbstverständnis der Stadt werden.

FÖRDERUNG & UNTERSTÜTZUNG

Wir arbeiten zusammen mit dem Netzwerk Jugendarbeit, der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und dem Netzwerk Inklusion. Unterstützt werden wir von der Stadtverwaltung und dem Lokalen Bündnis für Familie Naumburg.

Rostock

BUNDESLAND	EINWOHNER	EINWOHNERDICHTE	JUGENDLICHE (12–27 J.)
Mecklenburg-Vorpommern	206.000	1.136,7 EW/km²	32.300

> Junge Menschen haben ein Recht auf die Gestaltung ihrer Lebenswelt. Wir möchten Jugend als eigenständige Lebensphase in den Fokus rücken. Junge Menschen sollen sich in der Hansestadt wohlfühlen, gerne in Rostock bleiben oder zurückkehren wollen. Jugend ist die Zukunft unserer Stadt.

Hansestadt Rostock – Amt für Jugend, Soziales und Asyl
St.-Georg-Str. 109, Haus II, 18055 Rostock
Angelika Stiemer
Telefon 0381 3811066, angelika.stiemer@rostock.de
Robert Petzold
Telefon 0381 3815015, robert.petzold@rostock.de

WWW.ROSTOCK.DE

ZENTRALE ZIELE

- Gründung „Bündnis für Jugend"
- Schaffung selbstverwalteter Jugendräume
- Einrichtung eines Jugendbudgets
- (Weiter-)Entwicklung von Schule als Lern- und Lebensort
- Einführung Bildungsmonitoring
- Übergang Schule–Beruf verbessern
- Jugendforum profilieren
- Jugendsprechstunde/Ombudsstellen schaffen
- Umsetzung digitaler Beteiligung
- Planungsverknüpfung innerhalb der Verwaltung im Sinne von jungen Menschen
- Überprüfung der Jugendgerechtigkeit von kommunalen Verfahren

KOORDINATION

Wir koordinieren den Prozess vor Ort mit dem Jugendforum, einer Steuerungsgruppe und dem „Bündnis für Jugend".

BISHERIGE WIRKUNG

Wir konnten junge Menschen, freie Träger, Politik und Verwaltung für das Thema „Jugendbeteiligung" sensibilisieren und eine Bereitschaft verschiedener Akteure für die aktive Mitgestaltung des Prozesses bewirken. Auf Grundlage der Bestandsaufnahme konnte ein Maßnahmenkatalog erarbeitet werden. Erste Maßnahmen wie z. B. Fachtage, Workshops, die Gründung eines Jugendforums und selbstverwaltete Jugendprojekte werden umgesetzt.

HINDERNISSE & HERAUSFORDERUNGEN

Wir wollen das Thema „Jugend" in der Hansestadt Rostock über den Bereich Jugendhilfe hinaus kommunizieren und etablieren. Es braucht eine strukturelle Verankerung der Thematik in den Abläufen und Prozessen von Politik und Verwaltung. Mehr personelle und finanzielle Ressourcen sind hierbei notwendig. Wir wollen alle jungen Menschen erreichen, auch jene, die Jugendeinrichtungen und -organisationen nicht nutzen. Hierfür müssen adäquate Beteiligungsformate entwickelt werden.

AKTIVITÄTEN & MEILENSTEINE

- Beschluss des Jugendhilfeausschusses zur aktiven Mitgestaltung des Prozesses
- Verankerung in den „Zielen der Jugendhilfe der Hansestadt Rostock 2016–2020"
- Vorstellung des Prozesses „Jugendgerechte Kommune" in der Dienstberatung aller Amtsleiter der Stadtverwaltung
- Gründung eines Jugendforums
- Vorbereitung der Gründung eines Bündnisses vor Ort

PERSPEKTIVE & AUSBLICK

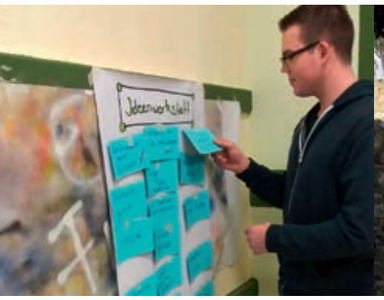
Wir wollen weiter machen, weil Jugend die Zukunft bleibt und junge Menschen beteiligt werden wollen. Das Thema „Jugendbeteiligung" wurde inzwischen in der Stadtgesellschaft platziert, und sie profitiert davon.

FÖRDERUNG & UNTERSTÜTZUNG

Wir arbeiten zusammen mit jungen Menschen, der Politik und Verwaltung, Vereinen, Verbänden und Institutionen, der Kirche, Schulen und Unternehmen.

Landkreis Sömmerda

BUNDESLAND	EINWOHNER	EINWOHNERDICHTE	JUGENDLICHE (12–27 J.)
Thüringen	70.600	88 EW/km²	7.990



> Wir haben uns entschieden, uns auf den Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit zu machen, weil wir allen jungen Menschen faire Chancen ermöglichen wollen, indem z. B. bestimmte Unterstützungsangebote bereitgehalten werden. Wir möchten, dass junge Menschen gern im Landkreis leben, sich ernst genommen fühlen, im Landkreis bleiben oder wiederkommen. Es braucht ein realistisches Bild von der Vielfalt junger Menschen in der Öffentlichkeit sowie geeignete und nachhaltige Verfahren und Strukturen der Jugendbeteiligung.

Landratsamt Sömmerda – Jugendamt
Wielandstraße 4, 99610 Sömmerda
Doreen Duda
Telefon 03634 3540, Fax 03634 354146
jugendamt@lra-soemmerda.de

WWW.LRA-SOEMMERDA.DE

ZENTRALE ZIELE

- Jugendliche werden im Landkreis wahrgenommen. Sie sind sichtbar und hörbar.
- Jugendbilder im Landkreis sind realistisch, jugendliche Vielfalt erfährt eine Wertschätzung.
- Wir haben Wissen über Jugendliche im Landkreis – kennen deren Interessen, Sichtweisen und Bedürfnisse.
- Es gibt Verbündete und ein lokales Netzwerk für die Belange von Jugendlichen.
- Alltagsstrukturen in der Jugendhilfe sind mit Blick auf ihre Jugendgerechtigkeit hinterfragt.
- Durch die ressortübergreifende Zusammenarbeit mit den lokalen Akteuren werden vorhandene Aktivitäten und Programme im Sinne einer jugendpolitischen Strategie gerahmt. „Jugendgerechte Kommune" wird stets mitgedacht.
- Jugendliche sind an allen Schritten auf dem Weg zum jugendgerechten Landkreis beteiligt.

KOORDINATION

Wir koordinieren den Prozess vor Ort mit Herzblut, einem hohen Maß an Transparenz, auf Augenhöhe mit den Beteiligten sowie unter Einbeziehung von Jugendlichen.

BISHERIGE WIRKUNG

Das Bewusstsein der verschiedenen Akteure hat sich hin zu mehr Jugendgerechtigkeit verändert. Der Landkreis Sömmerda hat durch eine effektive Verzahnung verschiedener Programme und Projekte aus der Jugendhilfe und gemeinsam mit angrenzenden Fachbereichen nunmehr ein geeignetes Jugendbeteiligungsformat erarbeitet und eingeführt. Immer mehr Jugendliche beschreiten den Weg gemeinsam mit uns. „Jugendgerechte Kommune" ist zudem Bestandteil der Jugendförderplanung des Landkreises Sömmerda.

HINDERNISSE & HERAUSFORDERUNGEN

Die Belange aller Beteiligten im Blick zu haben und zusammenzuführen, ist die große Herausforderung. Transparenz und eine ehrliche Kommunikation auf Augenhöhe sind entscheidende Faktoren. Als besonders schwierig wurde die dauerhaft notwendige Motivation der politischen Akteure für diesen Prozess erlebt. Die Jugendlichen selbst zeigen sich im Prozess verlässlich, zielorientiert und sehr realistisch. Den politischen Dialog mit den Jugendlichen und für die Jugendlichen immerwährend fortzuführen ist eine Aufgabe, die besondere Anstrengungen erfordert und nur mit lokalen Verbündeten zu meistern ist.

AKTIVITÄTEN & MEILENSTEINE

Die Ergebnisse aus unserer Befragung von insgesamt 585 Kindern und Jugendlichen sowie eine jugendpolitische Ist-Stand-Analyse bildeten den Grundstein für ein Rahmenkonzept. Die Einbeziehung des Jugendhilfeausschusses in das Vorhaben war ein wichtiger Schritt, um letztendlich auch diesem Gremium eine stärkere jugendpolitische Ausrichtung zu geben. Jugendliche und weitere Verbündete zu haben, die den Prozess aktiv und kontinuierlich mitgestalten, ist der größte Gewinn.

PERSPEKTIVE & AUSBLICK

Wir wollen weiter machen, weil wir ein Bündnis für Jugend kommunalpolitisch verankern und verstetigen wollen, um der Jugend im Landkreis ein authentisches und starkes Profil zu geben!

FÖRDERUNG & UNTERSTÜTZUNG

Wir arbeiten zusammen mit Jugendlichen, Trägern der freien Jugendhilfe, der Verwaltung der Jugendhilfe, dem Jugendhilfeausschuss, Vereinen, der Stabsstelle Integrierte Sozialplanung, dem Dezernat Soziales, Gesundheit, Schule sowie politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern.

Kreis Steinfurt

BUNDESLAND	EINWOHNER	EINWOHNERDICHTE	JUGENDLICHE (12–27 J.)
Nordrhein-Westfalen	437.127	244 EW/km²	78.750

> Das Jugendamt ist mitverantwortlich für ein gesundes Aufwachsen von Jugendlichen. Mit Angeboten der Partizipation, der Internationalen Jugendarbeit, der Medienpädagogik, der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der finanziellen Förderung von Projekten bieten wir jungen Menschen Chancen zur Persönlichkeitsentwicklung. Auch neue Beteiligungsformate werden für und mit Jugend entwickelt. Der Prozess nimmt die einzelnen Kommunen mit in die Verantwortung für die gemeinsame Gestaltung einer jugendgerechten Gesellschaft.

Kreis Steinfurt – Team Kinder- und Jugendförderung
Iris Wibbeler
Telefon 02551 692441, iris.wibbeler@kreis-steinfurt.de
Ludger Vorndieck
Telefon 05482 703202, ludger.vorndieck@kreis-steinfurt.de

WWW.KREIS-STEINFURT.DE

ZENTRALE ZIELE

- Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von zwölf bis 27 Jahren werden an Entscheidungsprozessen in angemessener Form beteiligt.
- Politische und gesellschaftliche Akteure erkennen „Jugend" als eigenständige Lebensphase an und schaffen gemeinsam mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür.
- Alle der rund 80.000 Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Kreis mit den unterschiedlichsten Lebensentwürfen und individuellen Entwicklungsgeschichten werden in den Blick genommen.
- Eine enge Verzahnung mit bestehenden Entwicklungs- und Beteiligungsprozessen wird gewährleistet.

KOORDINATION

Das Team der Kinder- und Jugendförderung koordiniert den umfangreichen Prozess in den 24 Städten und Gemeinden im Kreis Steinfurt und organisiert die strategische Zusammenarbeit mit der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, den Jugendinitiativen und dem Kreisjugendring.

BISHERIGE WIRKUNG

In einigen Kommunen sind bereits direkte Beteiligungs- oder Dialogformen für junge Menschen umgesetzt worden (Kickern für Partizipation, Jugendparlament, Rap für Beteiligung usw.). Für die aktive Teilnahme am Projekt „Jugendgerechte Kommune" konnten schon 16 Städte und Gemeinden gewonnen werden. In Kooperationsvereinbarungen mit den Kommunen werden konkrete Ziele für 2017 definiert. Zudem nehmen die öffentliche Berichterstattung und das Interesse zu.

HINDERNISSE & HERAUSFORDERUNGEN

Die Vermittlung des fachlichen Hintergrunds und der jugendpolitischen Zielsetzung vom Kreis in die Kommunen war eine Herausforderung. Jede Kommune hat einen eigenen Charakter, eigene Vorhaben und Pläne für kommunale Aufgaben. Sich für mehr Jugendgerechtigkeit einzusetzen, wird in einigen Kommunen noch als zu aufwendig betrachtet. Durch Einzelgespräche mit den Gemeindespitzen und durch Präsentationen des Projekts in den lokalen Jugendausschüssen und Sozialraumforen konnten wir Schlüsselpersonen für eine Mitarbeit gewinnen.

AKTIVITÄTEN & MEILENSTEINE

Erste Impulse für den Kreis brachte beispielsweise die vom Landrat durchgeführte „Kreisbegegnung" zum Thema Partizipation, an der auf dem Podium Vertreterinnen und Vertreter des Jugendparlaments Nordwalde teilnahmen. Weitere Anregungen brachte „Kickern für Partizipation" in Mettingen. Dies war eine Dialogveranstaltung mit Jugendlichen und der Gemeindepolitik zum Thema „Jugendliche Lebenswelten". Weiterhin spielen die Peer-Learning-Seminare mit den anderen Referenzkommunen eine herausragende Rolle, weil sie Gelegenheit zum Austausch bieten und viele gute Denkanstöße geben.

PERSPEKTIVE & AUSBLICK

Wir wollen weiter machen, weil es für jede Kommune im Kreis Steinfurt immer wichtiger wird, sich mit der Zukunft der Kommunen auseinanderzusetzen und zu lernen, dass junge Menschen frühzeitig bei allen für sie relevanten Themen zu beteiligen sind. Jugend ist die Zukunft der Kommune.

FÖRDERUNG & UNTERSTÜTZUNG

In erster Linie sind die einzelnen Gemeinden im Kreis unsere zentralen Partner bei der Umsetzung des Prozesses. Hier sind die politischen und die verwaltenden Ebenen von besonderer Bedeutung. Darüber hinaus ist eine enge Zusammenarbeit mit der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, den Dachverbänden der Jugendverbandsarbeit und der Jugendvereine, den Jugendinitiativen und dem Kreisjugendring unverzichtbar.

Trier

BUNDESLAND	EINWOHNER	EINWOHNERDICHTE	JUGENDLICHE (12–27 J.)
Rheinland-Pfalz	113.988	981 EW/km²	28.459

> Im Jugendbericht Rheinland-Pfalz schneidet Trier vergleichsweise positiv ab. Darauf möchten wir aufbauen und auf allen relevanten Entscheidungsebenen eine garantierte Sensibilität und Offenheit für Fragen der Jugendpolitik herstellen. Um dies zu realisieren und in diesem Zusammenhang wirksame Beteiligung zu ermöglichen, hat die Stadt Trier beschlossen, am Prozess „Jugendgerechte Kommune" teilzunehmen.

Rathaus der Stadt Trier – Jugendhilfeplanung
Am Augustinerhof, Verwaltungsgebäude II, 54290 Trier
Graiswin Kattoor
Telefon 0651 7183567

WWW.TRIER.DE

ZENTRALE ZIELE

Eine zentrale Zielsetzung ist, eine stärkere Verankerung jugendpolitischer Belange in den kommunalen Gremien zu bewirken. Die Stadt möchte die Interessen und Bedarfe junger Menschen in der Kommunalpolitik sichtbar machen. Dafür möchten wir ein breites Beteiligungsformat etablieren. Beginnen möchten wir mit einem Beteiligungsverfahren in einem Stadtteil. Im öffentlichen Nahverkehr möchten wir anregen, die Takte und Tarife, aber auch die Sauberkeit zu verbessern und die Kapazität zu erhöhen. Zur Entfaltung der Freizeitmöglichkeiten der Jugendlichen sind vermehrt U18-Partys geplant. Außerdem wird die Verbesserung der Aufenthaltsqualität für Jugendliche im öffentlichen Raum angestrebt.

KOORDINATION

Wir koordinieren den Prozess vor Ort durch eine Steuerungsgruppe, in der Akteure der Stadtverwaltung (Jugendhilfeplanung und Stadtjugendpflege), aus Jugendeinrichtungen, des kommunalen Bildungsmanagements und der Stadtratsfraktionen sowie Jugendliche selbst vertreten sind.

BISHERIGE WIRKUNG

Im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Treffen der Steuerungsgruppe haben sich die AG „Jugendliche im öffentlichen Raum" und die AG „Partykultur" entwickelt. Die AG „Jugendliche im öffentlichen Raum" erfasst öffentliche Plätze in Trier aus jugendlicher Perspektive und entwickelt daraus Handlungsbedarfe. Die AG „Partykultur" verfolgt das Ziel, über verschiedene Jugendzentren und Träger der Jugendarbeit eine Gruppe von Jugendlichen zusammenzubringen. Diese sollen in Veranstaltungswesen, Planung, Sicherheit und Jugendschutz das notwendige Fachwissen vermittelt bekommen, um selbstständig Veranstaltungen durchzuführen. Ein Fachtag wurde von Jugendparlamentsmitgliedern initiiert und in Kooperation mit der Steuerungsgruppe organisiert. Mit Unterstützung eines externen Beteiligungsexperten ging dieser der Frage nach, wie Beteiligungsprozesse organisiert und in Trier konkret umgesetzt werden können.

HINDERNISSE & HERAUSFORDERUNGEN

Vor dem Hintergrund der schlechten Haushaltslage der Stadt Trier ist die Ausgestaltung jugendrelevanter Bereiche, z. B. die der Jugendarbeit, erst im Zusammenhang mit Bedarfsbeschlüssen und entsprechenden politischen Entscheidungen möglich.

AKTIVITÄTEN & MEILENSTEINE

Der Beratertag war für uns besonders wichtig. Es wurden Impulse gesetzt und relevante Akteure zusammen gebracht. Anwesend waren neben den Mitgliedern der Steuerungsgruppe auch Jugendparlamentarier, Verwaltungsmitarbeitende und Interessierte aus der Stadtpolitik.

PERSPEKTIVE & AUSBLICK

Die Stadt Trier sieht sich in der Verantwortung, die Eigenständige Jugendpolitik vor Ort umzusetzen, um im Sinne von Bildungsgerechtigkeit und Generationengerechtigkeit die Interessen Jugendlicher und junger Erwachsener ausreichend im politischen Meinungsbildungsprozess zu berücksichtigen. Die Beteiligung von Jugendlichen ist eine Win-win-Situation für alle. Wird eine Kommune jugendgerechter, gewinnt diese auch an Attraktivität. Erfahren Jugendliche echte Beteiligungsmöglichkeiten, so trägt dies auch zur Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit bei. Sie entwickeln ein demokratisches Bewusstsein und übernehmen Verantwortung sowohl für sich selbst als auch für ihre Mitmenschen.

FÖRDERUNG & UNTERSTÜTZUNG

Die Verwaltung der Stadt Trier arbeitet eng mit dem Jugendparlament zusammen. Es wird eine Kooperation mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!" angestrebt.

Nachhaltigkeitsregion FÜNF G

ALDINGEN, DEISSLINGEN, DENKINGEN, FRITTLINGEN UND WELLENDINGEN

BUNDESLAND	EINWOHNER	EINWOHNERDICHTE	JUGENDLICHE (12–27 J.)
Baden-Württemberg	20.800	220 EW/km²	1.450

> Wir haben uns entschieden, uns auf den Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit zu machen, weil der ländliche Raum alle Anstrengungen unternehmen muss, der Jugend eine Perspektive zu bieten.

Geschäftsstelle N!-Region FÜNF G
Detlef Carstensen
detlef.carstensen@arcor.de
Kontakt ist auch über die Webseiten der Gemeinden Aldingen, Deißlingen, Denkingen, Frittlingen und Wellendingen möglich.

ZENTRALE ZIELE

- Auf der Basis der novellierten Gemeindeordnung für Baden-Württemberg wird ein Beteiligungsformat entwickelt. Diese Beteiligungsform soll in jeder der fünf Kommunen strukturell fest verankert werden.
- Es ist geplant, die Jugendkultur durch gemeinsame regelmäßige Events unter konzeptioneller Beteiligung der Jugendlichen in der Region FÜNF G zu fördern.
- Jugendliche sollen nach dem Fortzug aus der Gemeinde weiterhin in Form von Newslettern über das Gemeindeleben informiert und so die Bindung an die Gemeinden gestärkt werden. Dazu werden Kommunikationswege über E-Mail, Facebook o. Ä. entwickelt und erprobt. Unter anderem ist geplant, über freie Arbeitsplätze, Möglichkeiten für Praktika oder Ausbildungsplätze zu informieren.

KOORDINATION

Wir koordinieren den Prozess vor Ort mit den personellen Ressourcen von fünf Gemeindeverwaltungen sowie einem beauftragten externen Begleiter.

BISHERIGE WIRKUNG

Die Gemeinderäte sind sensibilisiert für das Thema, und viele Jugendliche fragen jetzt schon nach, was sich denn künftig ändern wird. Die Jugendlichen fühlen sich ernst genommen und sind gerne bereit, ihre Wünsche und Ziele zu formulieren sowie an deren Umsetzung mitzuarbeiten.

HINDERNISSE & HERAUSFORDERUNGEN

Die Ansprache der Jugendlichen ist für uns eine große Herausforderung und wir haben lange an einer Vorgehensweise gearbeitet, wie wir durch alle Milieus hindurch Begeisterung für das Thema bei den Jugendlichen wecken können. Wir werden dabei letztlich auf diverse Partner wie Schulen, Ausbildungsbetriebe und Vereine zurückgreifen und mit deren Unterstützung die größtmögliche Anzahl von Jugendlichen in den einzelnen Gemeinden mobilisieren.

AKTIVITÄTEN & MEILENSTEINE

Wichtig waren für uns Impulse aus den gemeinsamen Peer-Learning-Seminaren mit den anderen Referenzkommunen. Anregungen haben wir vor Ort diskutiert und auf unsere Bedürfnisse hin angepasst. Dabei waren Praxisbeispiele, die im Plenum diskutiert worden sind, für uns besonders hilfreich. Im Rahmen der Seminare wurde unsere Idee der „Jugendkonferenz" als jährliche Vollversammlung aller Jugendlichen in den einzelnen Gemeinden geboren, die nun zur Umsetzung ansteht.

PERSPEKTIVE & AUSBLICK

Wir wollen weiter machen, weil die Zukunft unserer Kommunen ganz entscheidend davon abhängt, ob wir die kommende Generation für ihr Lebensumfeld begeistern können und sie animieren können, Verantwortung im Gemeinwesen zu übernehmen. Nur durch ernst gemeinte politische Beteiligung kann dies gelingen.

FÖRDERUNG & UNTERSTÜTZUNG

Wir arbeiten zusammen mit einem Partizipationsberater und einem Online-Beteiligungsexperten. Unterstützt werden wir durch das Umweltministerium Baden-Württemberg. Weitere Partner sind regionale Ausbildungsbetriebe, Schulen und Vereine.

Zwischenfazit & Ausblick

Zwischenfazit

Die Referenzkommunen haben inzwischen viel Arbeit geleistet: Sie haben eigene Ziele verabredet und mit der Umsetzung begonnen. Dies geschah im Rahmen der vor Ort verfügbaren Ressourcen, die teilweise auch neu verteilt oder aufgestockt wurden. Mit viel Engagement, Kreativität und Experimentierfreude wurden bestehende Strukturen genutzt, verändert oder erneuert, weitere Akteure überzeugt und neue Prozesse angestoßen.

JUGENDBETEILIGUNG IST UNVERZICHTBAR

In jeder Kommune gab es im Verlauf eine deutliche Intensivierung des Austauschs und der Arbeit von Jugendlichen mit Fachkräften, teilweise auch mit Politikerinnen und Politikern sowie weiteren Akteuren aus Medien, Schule und Wirtschaft. Jugendliche übernehmen dabei unterschiedlich viel Verantwortung für den Prozess. Um eine wirksame Jugendbeteiligung zu gewährleisten, ist die Begleitung von Jugendlichen durch Hauptamtliche entscheidend. Darüber hinaus führt die frühzeitige Einbeziehung von Jugendlichen in alle wesentlichen Planungs- und Durchführungsschritte dazu, dass sich viele Jugendliche – auch längerfristig – für die Umsetzung vor Ort begeistern und sich von Anfang an aktiv engagieren. Dabei spielen jugendgerechte Formate eine wichtige Rolle. Partizipationsprozesse dürfen – auch den Hauptamtlichen – Spaß machen.

MIT EINEM LEITFRAGENKATALOG VOM IST-STAND ZU DEN ZIELEN

Die Arbeit mit den Merkmalen jugendgerechter Kommunen hat sich bewährt. Es zeigt sich, dass alle Merkmale für die Kommunen relevant sind – wenngleich diese vor Ort unterschiedlich gewichtet wurden. Auf Grundlage der Merkmale entstand der umfangreiche Leitfragenkatalog zur Ist-Stand-Analyse. Die Antworten auf die Leitfragen waren für die strukturierte Erarbeitung von Zielen und Handlungsbedarfen wichtig. So konnte auf Grundlage eines umfassenden Bildes der Kommune ergebnisorientiert gearbeitet und vor Ort Veränderungsprozesse angestoßen werden.

JUGENDPOLITIK BRAUCHT EIN EIGENES BUDGET

Die Zielsetzung jugendgerechter zu werden, wurde in einigen der beteiligten Kommunen durch Kürzungen der kommunalen Mittel für die Jugend durchkreuzt. Dies erwies sich als besondere Herausforderung. Es zeigte sich, dass der Bereich Jugend für Haushaltspolitikerinnen und -politiker immer noch einer der ersten Bereiche ist, der bei Sparzwängen herangezogen wird. Dies ist für die Engagierten vor Ort frustrierend, kann gewachsene Strukturen schädigen und Vertrauen in die gemeinsame Zusammenarbeit behindern.

Zwischenfazit

FACH- UND VERWALTUNGSSPRACHE IST NICHT JUGENDGERECHT

Jugendgerechtigkeit ist auch eine sprachliche Angelegenheit. Mehrfach wurde im Prozess kritisiert, dass die verwendete Sprache von Fachkräften, Politik und Verwaltung sowie von der Koordinierungsstelle nicht verständlich genug ist. Wie kann man also Fach- und Verwaltungssprache in einer für alle verständlichen Weise formulieren? Wie können Verwaltungsstrukturen – gerade in großen Kommunen – transparenter werden und wie lassen sich Ansprechpersonen für eine Kooperation finden? Für die Peer-Learning-Seminare wurde mit den vorgeschalteten Jugendtreffen eine Lösung gefunden, die die Jugendlichen dazu ermächtigte, selbstbewusster, sehr gut vorbereitet und auf Augenhöhe mit den Erwachsenen an den gemeinsamen Veranstaltungen teilzunehmen.

Die Zusammenarbeit der Jugendlichen mit den Fachkräften konnte auch in den Kommunen intensiviert werden. Mit einer für alle verständlichen Sprache sollen die Abläufe, Entscheidungen und Angebote der kommunalen Verwaltung für Jugendliche nachvollziehbarer und transparenter werden. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Beteiligungsprozesse.

ERGEBNISSE WERDEN TRANSPARENT GEMACHT

Im Laufe des Begleitprozesses werden zahlreiche Informationen zusammengetragen und aufbereitet, Methoden vermittelt und Praxisbeispiele dargestellt. Dieses Wissen fließt neben weiteren Materialien in die Werkzeugbox „Jugend gerecht werden" ein, die als digitales Angebot der Koordinierungsstelle unter werkzeugbox.jugendgerecht.de zur Verfügung steht.

NUR GEMEINSAM KANN DER WEG BESCHRITTEN WERDEN

Um ressortübergreifend ins Gespräch zu kommen und Maßnahmen zu entwickeln, hat es sich bewährt, Jugendgerechtigkeit an konkreten Merkmalen zu orientieren. Damit konnten auch Akteure, die bislang jugendpolitisch kaum oder gar nicht aktiv waren, für die Bedeutung des Themas sensibilisiert werden. Dies war häufig nötige Grundlage für eine (neue) Zusammenarbeit der relevanten Akteure vor Ort für mehr Jugendgerechtigkeit.

„Jugendferne" Fachbereiche müssen frühzeitig in Planungen einbezogen werden, um gemeinsam mögliche (Beteiligungs-)Vorhaben zu definieren. Hilfreich ist es, zunächst die Leitungsebene der Kommune für das Thema „Jugendgerechtigkeit" zu gewinnen und den politischen Rückhalt zu nutzen, um das Anliegen auf alle Ebenen der Verwaltung tragen zu können. Ebenfalls bewährt hat es sich, Jugendliche frühzeitig und kontinuierlich in den Prozess einzubinden, um sicherzustellen, dass die Vorhaben der Kommune tatsächlich von den Interessen und Bedürfnissen Jugendlicher ausgehen.

Ausblick zum weiteren Prozess bis 2018

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Broschüre sind die Prozesse in den Referenzkommunen seit etwa eineinhalb Jahren auf dem Weg. Die Planungs- und Entwicklungsphasen sind abgeschlossen und erste Vorhaben werden umgesetzt. Dies sind beispielsweise Jugendkonferenzen, aber auch Baumaßnahmen und Veränderungen in den Kommunalrichtlinien.

Das vierte Peer-Learning-Seminar mit den Referenzkommunen im November 2017 wird aufzeigen, auf welche Art und Weise Jugendgerechtigkeit strukturell in den Kommunen verankert wird. Im Sommer 2018 wird es darum gehen, Bilanz zu ziehen. Diese Bilanzierung soll erreichte und unerreichte Ziele und dazu gehörige Meilensteine aufzeigen, relevante Akteure benennen und das Vorhandensein sowie den Bedarf von personellen und finanziellen Ressourcen herausstellen. Die Beteiligung von Jugendlichen am Prozess wird in Hinblick auf den Umfang und die tatsächliche Wirkung ausgewertet. Um eine sinnvolle Weiterentwicklung und Verstetigung sicherzustellen, werden die Kommunen im Sommer 2018 wesentliche Fragen zu beantworten haben:

- Warum hat die Kommune ursprünglich beschlossen, jugendgerechter zu werden? Welche Ziele, die man 2016 formuliert hat, konnten erreicht werden, welche nicht?
- Welche Schritte haben bisher eine besondere Rolle gespielt? Warum waren diese so bedeutsam?
- Was ist schon anders oder was wird bereits anders gemacht?
- Welche Netzwerke sind entstanden? Wer sind wichtige Partnerinnen und Partner auf dem Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit?
- Weshalb erscheint es der Kommune sinnvoll, den Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit fortzusetzen? Welche Strategien zur Nachhaltigkeit wurden entwickelt? Was möchte die Kommune in Zukunft noch erreichen?

Das Engagement der Akteure wird die Lebensbedingungen Jugendlicher und junger Erwachsener in den teilnehmenden Kommunen verändern. Die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft" wird die Ergebnisse und Erkenntnisse des Prozesses weiterhin transparent auf www.jugendgerecht.de darstellen. Gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern vor Ort wird sich die Koordinierungsstelle weiterhin dafür einsetzen, dass sich Kommunalpolitik an den Interessen und Bedürfnissen junger Menschen ausrichtet. Die gesammelten Erfahrungen und Ergebnisse können als Orientierung für weitere interessierte Kommunen dienen, um sich gemeinsam auf den Weg zu einer jugendgerechten Gesellschaft zu begeben.

IMPRESSUM

Diese Dokumentationsbroschüre der Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft" ist unter Mitwirkung der Akteure aus allen 16 Kommunen entstanden, die sich am Prozess „Jugendgerechte Kommunen" im Rahmen der Jugendstrategie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2015–2018) beteiligen.

Herausgeber
Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft"
c/o Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
T +49 30 40040-230
F +49 30 40040-232
koordinierungsstelle@jugendgerecht.de
Rechtsträger: Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e. V.
V. i. S. d. P.: Peter Klausch
Bildnachweis: commons.wikimedia.org (Dirk Ingo Franke/S. 20, Mätes II./S. 26, September9/S. 28, Michael Sander/S. 42), Helmut Gross (S. 22), Pixabay (khfalk/S. 24, falco/S. 30, lapping/S. 38), Depositphotos (Sergiy Nykonenko/ S. 32), Stadt Trier/ttm GmbH (S. 46), Schwarzwert Naturfotografie (S. 48)
Sofern nicht anders angegeben liegen die Bildrechte bei den jeweiligen Kommunen.
Gestaltung: Bettina Schmiedel, mondsilber.de
Druck: print24, Radebeul
Februar 2017

GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

IM RAHMEN DER

JUGENDSTRATEGIE 2015–2018
HANDELN FÜR EINE
JUGENDGERECHTE
GESELLSCHAFT